Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1918

169 (23.7.1918)

Visual Library

No. 169. Karlsruhe, Dienstag den 23. Juli 1918. 38. Jahrg.

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postschalter monatl. 1.10 M, ¼jährl. 3,30 M. Zugestellt durch unsere Träger 1,20 bezw. 3,60 M; durch die Post 1,24 M bezw. 3,72 M; durch die Feldpost 1,25 M bezw. 3,60 M, vorauszahlbar.

Ausgabe: Werktag mittags. Geschäftszeit: ½8—½1 u. 2—½6 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 6spalt. Kolonelzeile od. deren Raum 20 ₰. Platzanzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme ½9 Uhr vorm., für größ. Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Geck & Cie., Karlsruhe.

Vier Jahre sozialdemokratische Kriegspolitik.

Rede des Reichstagsabgeordneten Gen. Oscar Geck auf dem Landesparteitag der sozialdemokratischen Partei Badens.

Welche Fülle von Ereignissen — so führte der Redner zur Einleitung seines etwa 1½stündigen Referates aus — ist über uns hinweggegangen, seit wir vor etwas mehr als 4 Jahren auf dem letzten ordentlichen Parteitag Badens in Freiburg zusammen waren! Welcher Wandel aber auch in den Anschauungen und öffentlichen Einrichtungen! Was lange Jahrzehnte normaler Entwicklung nicht vermocht hätten, das hat der große Revolutionär Krieg in wenigen Jahren zustande gebracht! Die Frage, auf die ich Ihnen heute die Antwort geben soll, ist die: **Wie hat unsere Partei die Probe dieser Zeit bestanden, und wie kann sie vor dem Volksganzen und der Arbeiterklasse speziell bestehen?** Das führt mich gleich zum wichtigsten Punkte, der Frage unserer Kriegspolitik, deren Träger angesichts der besonderen Umstände, die uns insbesondere auch erst zu Beginn des vierten Kriegsjahres die Abhaltung eines deutschen Parteitages gestatteten, fast allein unsere Reichstagsfraktion war.

Der Kernpunkt dieser ganzen Frage ist unsere Stellung zu den Kriegskrediten, die m. E. einer langen Rechtfertigung nicht bedarf. Schon die von Haase am 4. August 1914 im Reichstag abgegebene Fraktionserklärung sprach aus, daß es sich beim Ausbruch der Feindseligkeiten vor nunmehr bald vier Jahren nicht um unsere Stellungnahme für oder gegen den Krieg, sondern um

unsere Stellung zur Landesverteidigung

handelte, die wir, wie es in jener Erklärung heißt, nicht hätten verweigern können, wollten wir unser Land und Volk nicht den Schrecken der feindlichen Invasion, die Kultur und Unabhängigkeit der Nation nicht der Vernichtung preisgeben. Der Verteidigungskrieg, den wir damals selbst nach dem Urteil von Bernstein, Hoch, Dittmann usw. zu führen hatten, hat diesen seinen Charakter bis heute beibehalten. Die Koalition gegen uns ist inzwischen immer mächtiger geworden, die militärische Vernichtungs- und die wirtschaftliche Abschnürungsgefahr immer größer. Dieser Erkenntnis entspricht die Tatsache, daß heute in unserer Reichstagsfraktion die Zahl der Kreditverweigerer geringer ist als jemals in den letzten drei Kriegsjahren. (Hört, hört!) Die Richtigkeit unserer Stellung zu den Kriegskrediten kann also füglich nicht bestritten werden. Haben wir andererseits aber auch alles getan, um der Forderung in unserer Fraktionserklärung vom 4. August 1914 Nachdruck zu verleihen: daß „dem Kriege, sobald das Ziel der Sicherung erreicht und der Gegner zum Frieden bereit ist, ein Ende gemacht wird und durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht"? Es ist in der Tat nicht zu viel gesagt, wenn ich hier behaupte: Zwischen dem Augenblickdes Kriegsausbruchs und jenem, in dem die

Friedensarbeit der deutschen Sozialdemokratie

einsetzte, liegt nur eine Nacht. Schon unsere Fraktionserklärung vom 4 August 1914 rief den „französischen Brüdern" ein freundliches Wort zu; es verhallte ungehört. Und in der Folge wurde weder von der Fraktion noch von der Parteileitung eine Gelegenheit versäumt, dem Frieden die Wege zu bahnen. Die Versuche, zu den Genossen der feindlichen Länder die abgerissenen Fäden wieder zu knüpfen, hörten nicht auf, direkt und über Neutralien wurden sie unternommen und jedem Versuch von dritter Seite, Besprechungen oder indirekte Verständigungen herbeizuführen, stets bereitwilligst Folge gegeben. Nebenher ging zu Hause unser rastloser und energischer Kampf gegen die Imperialisten und Annexionisten und der unausgesetzte Druck auf die Regierung, ihrerseits die Friedensbereitschaft zu erklären und auf die Friedensfühler der anderen Seite einzugehen. Und wenn wir objektiv und ehrlich sein wollen, müssen wir zugeben, daß diese

unsere Arbeit nicht ohne Erfolg

war. Wie weit hatten wir den ersten Kriegskanzler von Bethmann-Hollweg bereits auf unsere Seite herübergezogen, als er dem wilden Ansturm der Alldeutschen weichen mußte! Und dann — um ganz summarisch zu verfahren — der erste große, nach außen weithin sichtbare Erfolg: Das Friedensangebot der Mittelmächte vom 12. Dezember 1916; die Gewinnung einer Mehrheit für unsere Politik mit der Annahme der Friedensresolution vom 19. Juli 1917, durch die das Einschwenken der von der Rechten scharf angegriffenen Regierung ins Lager der Annexionisten verhindert wurde; dann, als dritter große Erfolg, die Antwort der Reichsregierung auf die Papstnote vom 1. August 1917, das erste hochwichtige internationale Friedensdokument, auf dessen Fassung unsere Fraktion einen entscheidenden Einfluß ausgeübt hat; endlich — um die mannigfachen kleineren Erfolge in dieser Richtung zu übergehen — in den allerletzten Tagen die Festlegung der Reichsregierung auf jene Fassung ihrer Stellung zur belgischen Frage, die der Kanzler von Hertling seiner Erklärung im Hauptausschuß des Reichstags vom 12. Juli dieses Jahres gab! Wenn Graf Westarp am 15. Juli in der „Kreuzzeitung" meinte, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion habe durch ihre geschickte Taktik jene Erklärung des Kanzlers erreicht, er habe sich damit — wörtlich — „erneut auf die alte Methode mit ihrer Rücksichtnahme gegen die sozialdemokratischen Forderungen festgelegt", so sollte dies diejenigen, die an unserer Fraktion immer nur zu nörgeln haben, doch eines besseren belehren. Aus dem Berichte über die öffentlichen Verhandlungen des Reichstags kann man die Friedensarbeit unserer Fraktion aber nicht richtig beurteilen; die Zeitverhältnisse bringen es mit sich, daß das wichtigste und wertvollste in dieser Richtung sich hinter den Kulissen abspielt, und daß nur in den seltensten Fällen darüber etwas in die Oeffentlichkeit gebracht werden kann.

Zur Frage des belgischen Problems,

das er für den Angelpunkt der deutschen Kriegspolitik hält, wendet sich der Redner gegen die „Faustpfand"-Theorie Hertlings. Die vom Kanzler Bethmann-Hollweg bei Kriegsbeginn offen zugegebene Völkerrechtsverletzung unseres Einmarsches in belgisches Gebiet lege uns die Pflicht der Wiedergutmachung ohne Kompensation auf; im besetzten Nordfrankreich besäßen wir noch genügend großes „Faustpfand" und Kompensationsobjekt. Wir hätten es also nicht nötig, uns durch hartnäckiges Festhalten an der von der Entente mit Recht verworfenen belgischen „Faustpfand"-Theorie jede Friedensmöglichkeit zu verscherzen; die Aufgabe dieser Theorien werde auf die Völker Frankreichs, Belgiens und Englands, vor allem aber auch auf die Neutralen, einen für uns äußerst vorteilhaften Eindruck machen und ein schlimmes Friedenshindernis aus dem Wege räumen

Zu den Friedensschlüssen im Osten

übergehend, betonte der Redner, daß der mit der Ukraine, dem wir zustimmten, auf unsere wirtschaftlichen und Ernährungsnotwendigkeiten starke Rücksicht nehmen mußte; beim Frieden mit Rumänien kam dazu die verwerfliche Art, in der das Land nach Hyänenmanier, als es einen bereits erledigten Gegner vor sich zu haben glaubte, verräterischerweise in den Krieg eintrat. Der großrussische Friede jedoch sei von unseren sozialistischen Grundsätzen aus nicht zu rechtfertigen wenn die Sowjet-Regierung seine Härten für Rußland zum größten Teil auch selbst verschuldet habe dadurch, daß sie die ersten Verhandlungen in Brest-Litowsk in hinterhältiger Weise verschleppte und schließlich mit einer recht wenig ehrlichen Erklärung von der Konferenz weglief. Für die Mehrheit der Fraktion habe die Notwendigkeit, endlich wenigstens nach Osten hin zur Ruhe zu kommen, den Ausschlag für diesen Frieden gegeben. Die jetzt angebahnten Ausführungsverhandlungen mit Rußland werden hoffentlich zu einem auch für uns annehmbaren Ergebnis führen und dadurch den wenig erfreulichen Friedens-Rahmen von Brest einen wenigstens halbwegs akzeptierten Inhalt geben. Auf alle Fälle hatten die Brester Friedensverhandlungen die

unhaltbaren kriegspolitischen Zustände in Deutschland

geoffenbart: die Ueberregierung des Großen Hauptquartiers und den mächtigen Einfluß der imperialistisch-schwerindustriellen Interessen. Dieses böse Schauspiel dürfe jetzt im Westen sich nicht wiederholen; dort muß eine ehrliche und klare Kriegspolitik getrieben werden: ein ehrenvoller Frieden, der unsere Lebensnotwendigkeiten sichert, aber auch keines anderen Volkes nationale Ehre antastet. Abgesehen von Frankreich, sind allerdings heute noch wenige Anzeichen in den feindlichen Ländern vorhanden, die auf Entgegenkommen in dieser Richtung schließen lassen. **Hätten unsere französischen und englischen Genossen die vier Kriegsjahre hindurch nur mit der halben Zähigkeit und Energie im Sinne des Friedens auf ihre Regierungen gewirkt, das entsetzliche Morden wäre längst zu Ende.** (Sehr wahr!)

Ein gerüttelt Maß von Schuld daran, daß wir heute dem Frieden noch nicht näher sind, trifft auch unser

sogenannten Unabhängigen.

Hatten sie doch die ganze Zeit her, seit der unglückseligen Parteispaltung, nichts wichtigeres zu tun, als die ganze Friedenspolitik unserer Partei wie die der Regierung als unehrlich und hinterhältig zu verdächtigen. (Sehr richtig!) Damit drücken sie allen den erwähnten Friedenskundgebungen sofort die Maske auf, unter der die Kriegstreiber des feindlichen Auslandes sie ihren Völkern vorführen konnten; Haases und Ledebours Reichstagsreden bei jenen Anlässen waren den Annexionisten und Imperialisten in England stets ein „gefundenes Fressen". Nicht den Frieden zu beschleunigen, sondern die alte Partei zu verdächtigen und zu verleumden und dadurch das eigene schlechte Gewissen zu betäuben, war von jeher die Politik der Parteizerstörer. (Allg. Zustimmung.) Wer wollte bestreiten, daß die Erfolge unserer Kriegspolitik weit hinter unseren Wünschen zurückgeblieben sind? Aber die Frage ist nicht so zu stellen, ob wir alles erreicht haben, was wir verlangten, sondern so: ob unter den gegebenen Verhältnissen mehr zu erreichen war. (Zustimmung.) Und diese Frage ist mit „Nein"! zu beantworten (Sehr richtig!) Die Politik der „Unabhängigen" hätte die 110 sozialistischen Stimmen des Reichstags jedes Einflusses beraubt, indem sie eine friedensfreundliche Mehrheitsbildung unmöglich machte und dadurch die Regierung zwang, sich auf eine nationalliberal-konservativ-deutschparteiliche Annexionsmehrheit zu stützen. An der Ablehnung der Kriegskredite durch unsere Fraktion hätten lediglich die Leute um Westarp und Tirpitz eine Freude gehabt. (Sehr wahr!) Die Vermeidung des Schlimmen und Schlimmsten ist immer noch eine bessere Politik als die des „Alles oder nichts", bei dem man gar nichts erreicht und nichts ist im politischen Leben bequemer, als jener Radikalismus, der alles auf die Katastrophe einstellt und damit in Wirklichkeit nur die Geschäfte der Reaktion besorgt. (Zustimmung.) Etwas derartiges konnten und durften wir nicht mitmachen.

Wie in der äußeren, so nehmen wir auch in der inneren Politik das Gute, was wir bekommen. Dem Obrigkeitsstaat, den wir durch die Demokratie ersetzen wollen, galt unser grundsätzlicher Hauptkampf; die Demokratie allein vermag, wie dieser Krieg gezeigt hat, alle Kraftquellen des Volkes zu erschließen. Im Vordergrund stand das Ringen um die Einführung des sogen.

parlamentarischen Systems,

bei dem das Volk auf dem Umweg über das Parlament seine Regierung selbst wählt. Die Anfänge dazu sind, wenn angesichts der gewaltigen Widerstände natürlich auch nur in bescheidenem Maße, immerhin gemacht und das schwerste Stück jeder Arbeit, eben dieser Anfang, ist geleistet. Aber, Parteigenossen, so fuhr der Redner unter allgemeinem Beifall fort, sind wir bereit, die Konsequenzen zu ziehen, die sich aus dieser Forderung ergeben? Sind die deutschen Sozialisten alle entschlossen, durch Eintritt in die Regierung den Anteil an der Macht und damit an der Verantwortung zu übernehmen, die ihnen im Falle günstiger Wahlen zufiele? Oder wollen gewisse Leute nicht vielmehr auch für die Zukunft die bequeme Position des bloßen Schimpfens der verantwortlichen Mitarbeit im Staate vorziehen? (Sehr richtig!) Entweder sind wir also Demokraten — dann ziehen wir die Konsequenzen hieraus; oder aber wir sind Anarchisten, die lediglich auf das Chaos spekulieren — dann sollen wir aber auch den Mut besitzen, dies zu sagen. Ich aber glaube, die Vorgänge, die wir im letzten halben Jahre in Rußland sich abspielen sehen, lockten nicht auf den letzteren Weg, sondern weisen uns den der Evolution, des etappenweisen Fortschreitens unter Ausnützung aller taktischen Vorteile des Augenblicks. So haben wir in der inneren Politik während des Krieges auch gearbeitet, und ich glaube: nicht zum Schaden unserer Klasse. (Zustimmung.) — Der Redner geht nun über zur Aufzählung der

wichtigsten Erfolge dieser Politik

im Innern: Abschaffung des Sprachenparagraphen und des Jugendparagraphen im Reichsvereinsgesetz, Sicherung der Gewerkschaften gegen die Politisch-Erklärung, Beseitigung des berüchtigten § 153 der Gewerbeordnung (Streik als Erpressung), Beseitigung der schlimmsten Ungleichheiten der Wahlkreiseinteilung zum Reichstag durch Vermehrung der Zahl der großstädtischen Abgeordneten, Herabdrückung der Altersrentnergrenze auf 65 Jahre, endliche Vorlage eines Gesetzes über die Errichtung von Arbeitskammern, scharfe Heranziehung der Vermögen und Kriegsgewinne bei den neuen Steuern, starke, weit über die Regierungsvorschläge hinausgehende Besteuerung des Besitzes bei den allerletzten Kriegssteuern usw. Er erinnert dann an die mannigfachen Erleichterungen, die auf Drängen unserer Fraktion den Heeresangehörigen zuteil wurden. Die endliche Entlassung des Jahrgangs 1869, die Erhöhung der Mannschaftslöhnung, Herabsetzung der Mindeststrafen, die Hinaufsetzung gewisser Renten, endlich an unsere in mannigfacher Hinsicht erfolgreiche Mitarbeit in den Ernährungsfragen — alles Dinge, in denen wir wissen, daß sie unseren Wünschen lange nicht in vollem Maße Rechnung tragen, die für die großen Volksmassen in Heimat und Heer aber doch von großem Werte sind. — Der Redner kam dann auf die großen Zukunftsaufgaben zu sprechen, die unser nach dem Kriege harren, und erwähnte dabei als Probleme, in denen sich die Interessen des großen Verkehrs, insbesondere jene der

Eisenbahn- und Wasserstraßen-Politik.

In diesen sei ein enges Zusammenarbeiten unserer Vertretungen im Reichstag und im Landtag erforderlich. (Sehr gut!) Die Verbilligung des deutschen Verkehrs sei schon aus Gründen der nationalen Sparsamkeit ein dringendes Gebot der Zukunft. Bei den Eisenbahnen sei sie durch die Vereinheitlichung der Verwaltung (Reichseisenbahnen!) zu erreichen, in weit größerem Maße werde dazu aber der Ausbau der Wasserstraßen (Oberrhein bis zum Bodensee) beitragen. Der Ausbau des Oberrheins von Straßburg bis Konstanz werde uns aber auch eine Ausbeute von gut 500 000 Pferdekräften an Wasserkraft bringen und dadurch unser Land in weitgehendem Maße von der Steinkohle unabhängig machen. Gegenüber der übermächtigen Konkurrenz des niederrheinischen Kohlen- und Eisengebietes bedeute das für Baden einen nicht hoch genug einzuschätzenden Vorteil. Aus den jetzt noch teilweise recht industriearmen Bezirken des südlichen Baden würden dadurch zukunftsreiche Industriesiedelungen werden, die den Staat sowohl wie die Gemeinden damit allerdings auch vor schwere Aufgaben, insbesondere auf dem Gebiet der Siedelungs- und Verkehrspolitik stellen. (Sehr gut!) Nicht frühe genug könne unsere Partei sich mit diesen Fragen beschäftigen, um ihnen, wenn erst ihre praktische Lösung nahe, nicht unvorbereitet gegenüberzustehen. (Zustimmung.) Sehr zu wünschen sei, daß diese Fragen von Reichswegen einheitlich behandelt würden, wie ja die Schweiz, unser Gegenpart dabei, sie den einzelnen Rheinkantonen bereits aus der Hand genommen und durch Gesetz zur Bundessache erklärt habe. Ein schiedlich-friedlicher Ausgleich mit der Eidgenossenschaft diene der Sache naturgemäß mehr. Die Frage der Elektrisierung der Eisenbahnen, der nach dem Kriege von militärischer Seite hoffentlich keine Schwierigkeiten mehr gemacht würden, hänge eng mit diesen Dingen zusammen.

So sehen wir, schloß der Redner — die großen Zukunftsaufgaben vor uns geradezu aufgetürmt. Gern wollen wir uns der Mühe ihrer Lösung unterziehen; was jetzt nottut, ist, daß wir **möglich bald aus dem entsetzlichen Völkerringen herauskommen.** (Allgem. Beifall.) Wie bisher schon, wird unsere Partei auch fernerhin dazu alles aufbieten, was in ihren Kräften steht. Dasselbe erwarten wir aber auch von den Wohlhabenden. Man täusche sich in dieser Krise nicht über die Stimmung des vom Kriege so schwer geprüften Volkes! Es trägt diese Lasten gern, so

lange es überzeugt ist, daß die Schuld nicht in Deutschland liegt, wenn des entsetzlichen Blutvergießens noch kein Ende ist. Wehe aber denen, die dem Frieden die Tore verschließen, um ihrer imperialistischen und Annexionsgelüste wegen, Gelüste, die wenn sie erst befriedigt wären, sich nur als Drachensaat neuer Kriege erweisen würden. (Starker Beifall.) Genug jetzt endlich des Mordens! Genug der fürchterlichen wirtschaftlichen Nöte! Man treibe sie nicht bis zur völligen Zermürbung des Volkes und man raube dem Volke auch nicht, wie es in der Frage des preußischen Wahlrechts geschieht, den Glauben an seine Zukunft! Wehe dem Volke, das diesen Glauben verloren hat! Von ihm ist kein Opfer für den Staatsgedanken mehr zu erwarten! Die Stunde ist gekommen, in der wir von der Regierung zum letzten Male ein klares, unzweideutiges Bekenntnis zu einem

ehrenvollen Frieden der Verständigung

verlangen. Nur unter dieser Voraussetzung sind wir zur Fortsetzung unserer bisherigen Kriegspolitik bereit. Mögen sich die Herrschenden der Verantwortung, die jetzt auf ihnen liegt, bewußt sein!

Die Rede wurde mit lebhaftem Beifall und Händeklatschen aufgenommen.

Der Abg. Fuhrmann.

In der nationalliberalen Partei haben die Treibereien des äußersten rechten (reaktionären) Flügels immer eine erhebliche Rolle gespielt. Auf dem Parteitage im Jahre 1912 wurde über den nationalliberalen Reichsverband gesagt, er bilde mit seiner eigenen Leitung eine Partei in der Partei. Es wurde der Beschluß gefaßt, daß der Reichsverband der nationalliberalen Jugend zwar bestehen bleiben, aber aus dem Gefüge der Partei auszuscheiden habe. Nach diesem Beschluß ist von den dem rechten Flügel angehörigen Nationalliberalen ein besonderer altnationalliberaler Reichsverband, also wieder eine neue Partei in der Partei, mit einer eigenen Zentralstelle in Berlin gegründet und als ihr geschäftsführender Direktor der damalige Generalsekretär Fuhrmann berufen worden. Wie jetzt die „Weltbühne" mitteilt, hat damals ein hervorragendes Mitglied des geschäftsführenden Ausschusses der nationalliberalen Partei, Herr Dr. Weber, am 28. Juni 1912 an Herrn Fuhrmann einen Brief gerichtet, in dem es als eine Felonie (Treulosigkeit) bezeichnet wird, daß Fuhrmann, der lediglich durch die starke Unterstützung von Bassermann und Weber im Gleichgewicht habe erhalten werden können, diesen beiden in den Rücken falle, um die Position des Herrn Bassermann zu untergraben und die Partei zu sprengen. Es wird Herrn Fuhrmann dann der Vorwurf gemacht, daß er, nachdem er bereits Generalsekretär der neuen Partei gewesen sei, seine Stellung bei der alten Partei beibehalten habe. Zweitens habe er tagelang das lediglich dem Vorsitzenden des geschäftsführenden Ausschusses zur Verfügung stehende Exemplar des Geheimbuches sich zur Einsichtnahme geben lassen. Dieses Studium habe er in früheren Jahren nie vorgenommen, sondern erst nach seinem neuen Engagement. Bei diesem Studium habe er durch wiederholte Anfragen an das Personal sich genaueste Kenntnis zu verschaffen gesucht über die Höhe der Mitgliederzahl und über den Eingang der Zahlungen. Drittens habe er die Damen des Zentralbureaus beschäftigt, um Adressenmaterial anzufertigen, das dazu gedient habe, Mitglieder für den neuen Verband zu werben und sie der alten Organisation zu entziehen. Viertens habe er an das Personal des Bureaus das Ansinnen gestellt, noch weitere Adressen herzustellen. Fünftens habe er sich das private Organisationshandbuch des Bureaus, das täglich nachgetragen wurde, geben lassen, um aus diesem Exemplar das Adressenmaterial für den neuen Verband jederzeit zu ergänzen. Der Brief schließt: „Diese Tatsachen habe ich festgestellt. Und nachdem ich dies getan habe, habe ich dem geschäftsführenden Ausschuß mit meiner Meinung nicht zurückgehalten. Ich stehe auf dem Boden, daß es unerhört ist, daß, nachdem Sie engagiert waren, Sie überhaupt in unserem Bureau noch tätig geblieben sind, daß es aber noch viel empörender war, wenn Sie in dieser Form vorgingen. Ich stehe für meine Feststellungen mit meiner ganzen Person ein."

Daß in der Brust eines richtigen Nationalliberalen immer zwei Seelen wohnen, das wußte man schon längst. Daß aber ein Nationalliberaler Parteisekretär zur gleichen Zeit bei zwei Parteien in Stellung ist und während dieser Zeit die eine ab-, die andere aufzubauen sucht, das hätte man sich denn doch wohl kaum träumen lassen! Und was das allerherrlichste ist: dieser Herr Fuhrmann, der in dieser Weise charakterisiert worden ist und über dessen Charakterpotenzen im geschäftsführenden Ausschuß doch genügend Aufklärung geschaffen worden war, spielt heute in der nationalliberalen Partei (wieder oder noch?) eine ausschlaggebende Rolle. Es herrscht in der Tat in dieser Partei eine erstaunliche Duldsamkeit!

Ausland.

Etatsberatungen im österreichischen Abgeordnetenhause.

Wien, 19. Juli. Das Abgeordnetenhaus erledigte die erste Lesung des Budgetprovisoriums, sowie die Debatte über die dringlichen Anfragen und verwies das Budgetprovisorium an den Budgetausschuß. Im Laufe der Debatte apellierte der Pole Jaworsky an die deutschen Parteien, die Polen nicht in die Opposition zu treiben und dadurch der Entente den Triumph der Verweigerung der Kriegskredite zu bereiten. Er drückte die Ueberzeugung aus, daß die österreich-polnische Lösung für Oesterreich der einzige Weg sei, wenn es seine Großmachtstellung nicht verlieren wolle. Graf Burian, der sich zu dem austropolnischen Programm bekannt habe, diene dadurch den Interessen der Monarchie und der Dynastie am besten. Der Ukrainer Kost Lewicki beklagte die Terrorisierung der ukrainischen Bevölkerung und die Polonisierungsbestrebungen im Cholmer Bezirk und warnte die Regierung vor Mißachtung des Brester Vertrags. Die Betonung des deutschen Kurses durch den Ministerpräsidenten sei ein Mißgriff. Oesterreich dürfe weder deutsch noch slavisch sein. Ernährungsminister Paul besprach in eingehendster Weise die Ernährungsfragen und betonte, daß an dem bestehenden Zwangssystem festgehalten werden müsse. Mit dem Beginn der neuen Ernte müsse dem Schleichhandel mit allen Mitteln entgegengetreten werden. Die analoge Abänderung des Statuts der Kriegsgetreideverkehrsanstalt stehe gegenwärtig zur Verhandlung. Bezüglich der gegenwärtigen Versorgungslage verwies der Minister auf die Darlegungen des Ministerpräsidenten und erklärte, die Ernte sei im großen und ganzen eine Mittelernte. Die Ernte in Brotgetreid werde im allgemeinen ein befriedigendes Ergebnis liefern. Recht gut seien die Aussichten der Kartoffel- und Rübenernte.

Wien, 22. Juli. (WTB.) Das Obgeordnetenhaus verhandelte gestern über den tschechischen Antrag auf Erhebung der Ministeranklage gegen den Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler und gegen den ehemaligen Minister des Innern von Toggenburg, wegen des Erlasses betr. die Kreisverordnung für Böhmen. — Der Antrag wurde von dem Tschechen Stransky eingehend begründet, von dem Südslaven Ravnihar, dem Italiener Grandi, dem Altpolen Skarbeck unterstützt, von den Deutschen, Ukrainern und Rumänen aber bekämpft. Der Sozialdemokrat Seitz betonte den Standpunkt der deutschen Sozialdemokraten hinsichtlich der nationalen Selbstregierung im eigenen Sprachgebiet, erklärte jedoch, daß die deutsche Arbeiterschaft sich dagegen wehren werde, daß 3½ Millionen deutsche Böhmen, Mähren und Schlesier unter die Herrschaft eines Tschechischen Staates komme. Der Minister des Innern wies die Gesetzmäßigkeit und Notwendigkeit der Kreisverordnung für Böhmen nach, wobei er feststellte, daß es sich bloß um Maßnahmen handele zur Erleichterung der Verwaltung in Böhmen. Der Minister legte dar, daß die Voraussetzung für eine Anklage nicht bestehe.

Das Kabinett Seidler zurückgetreten.

Wien, 22. Juli. (WTB. Nicht amtlich.) Am Schluß der Sitzung des Abgeordnetenhauses teilte Präsident Groß mit, daß Ministerpräsident Dr. Ritter von Seidler und die ganze Regierung ihre Entlassung gegeben habe, daß die Entlassung angenommen wurde, und daß die Regierung mit der Fortführung der Geschäfte betraut wurde.

Die Verhältnisse in der Ukraine.

WTB. Kiew, 22. Juli. (Nicht amtlich.) Der erste Schritt zur Bildung einer ukrainischen Armee ist durch die vorgestrige Veröffentlichung eines Erlasses des Hetmanns getan. Es wird darin befohlen, auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht zunächst 5000 Rekruten für eine in Kiew in der Formierung begriffene Division aus der Zahl der im Jahre 1899 Geborenen auszuheben. Der Minister des Innern wird aus jedem Kreise die Anzahl der zu stellenden Rekruten feststellen. Freiwillige im Alter von 18 Jahren bis 25 Jahren dürfen zugelassen werden. Die Dienstzeit der Infanterie und Artillerie beträgt 2 Jahre, sonst 3 Jahre. Die Aushebung hat am 31. Juli zu erfolgen.

Bern, 22. Juli. (WTB.) Laut „Avanti" wurde der auf den 27. bis 30. Juli nach Rom einberufene nationale Sozialisten-Kongreß von dem Präfekten von Rom verboten. Der Parteisekretär Bombacci legte sofort Protest ein. Der „Avanti" ist empört über diese verfassungswidrige Polizeimaßnahme, die auf Orlando zurückzuführen sei, und verweist nachdrücklich darauf, daß in allen anderen kriegführenden Ländern beider Lager die Mehrheits- und die Minderheitssozialisten über alle, mit dem Kriege zusammenhängenden Fragen frei und offen diskutieren und in Beschlüssen Stellung genommen haben.

London, 22. Juli. (WTB. — Reuter.) Die „Times" erfahren aus Peking vom 18. ds. Mts.: In Tibet ist es zu einem Aufstand gegen die Chinesen gekommen, da die Zentralregierung nicht im Stande war, die Truppen an der Grenze genügend stark zu erhalten, konnten diese den Aufmarsch der Tibetaner nicht aufhalten. Nun hat man eine Vereinbarung über den Waffenstillstand getroffen.

Deutsches Reich.

Beihilfen an die Kriegsteilnehmer von 1870/71. Nach einer Mitteilung des Staatssekretärs des Reichsschatzamts an den Reichstagsabgeordneten Prinzen zu Schönaich-Carolath beschloß die Reichsverwaltung auf einen von ihm zugestellten, von allen Parteien des Reichstages unterstützten und einmütig angenommenen Antrag, auch für 1918 die Gewährung einer einmaligen Beihilfe an die Kriegsteilnehmer des Feldzuges 1870/71 und der vorangegangenen Feldzüge wie im Vorjahre.

Der Komiker.

Von Fritz Müller (München).

Der Komiker wurde alt.

Er selbst merkte es nicht. Wenn man an dreißig Jahren Komik macht, verfließen alle Zeitbegriffe. Ein Witz ist alt und ein Witz ist jung. Aber der Komiker, der den Witz vor das Publikum zu bringen hat, hat immer jung zu sein und jung zu bleiben. Das ist Vorschrift im Vertrag. Kein Wunder also, daß der Komiker nicht merkte, wie er alt wurde.

Aber das Publikum merkte es. Das Publikum, das er seit dreißig Jahren unterhielt mit seinen Späßen. Das ihm einmal zugejubelt hatte. Wie war es damals gleich in Wien? Getost hatten sie, heruntergeholt vom Brettl hatten sie ihn. Auf die Schultern hatten sie ihn gehoben. Im Saale herumgetragen hatten sie ihn. Ja, ja, das war damals.

Und dann kamen die Jahre, wo das Publikum manierlicher wurde — ja, ja, manierlicher, sagte der alte Komiker, wenn er davon erzählte — und wo es sich damit begnügte, ihm da droben zuzuschmunzeln.

Und endlich kam die Zeit, wo der alte Komiker um ein dünnes Händeklatschen kämpfen mußte. Wo seine Witze ins Publikum hinunterstiegen und mit aufgehobenen Händen bettelten: „Ein Beifallszeichen, bitte, nur ein kleines, bitte bitte."

So baten seine Witze. Der Komiker bat nicht. Der blieb der alte. Der war überzeugt, nie waren seine Sachen besser, als gerade jetzt. Und nur das Publikum war es, das sich verändert hatte. Ja, ja, das Publikum, nicht er. Dies nimmersatte Publikum, dem er an siebzehntausend Witze vorgeschmissen hatte und an tausend Lieder. Wo waren die geblieben? Sie mußten da drunten in Fetzen um die alten Stuhlbeine hängen oder in den Ritzen des Fußbodens oder in den alten Kleidern des Publikums, die beim Trödler hingen, wenn sie nicht in der Lumpenmühle inzwischen Papier geworden waren, auf dem man neue Witze schrieb und neue Lieder.

Das Publikum? Aber das Publikum, diese glatte Einheit gab es gar nicht. Das war doch jeden Abend eine andere trübe oder klare Welle, die der Strom des Lebens in die Bänke vor dem Brettl spülte. Und gestern hatte die Welle schon gar nicht mehr geglucksst. Spärlich rann sie zwischen Stühlen, Tischen und über eine Weile würde sie versickern.

Nein, sie würde nicht versickern. Der alte Komiker hatte vorgesorgt. Der alte Komiker hatte schon vor Wochen eine Anzeige erlassen:

> Bekannter Kabarettkünstler sucht zugkräftigen Schlager von bekanntem Schriftsteller zu erwerben.

Das war das erstemal, daß etwas Vorgetragenes nicht von ihm selbst sein sollte. Es kamen eine Menge Angebote. Darunter auch eine blitzende Glosse von einem bedeutenden Schriftsteller. Aber das verlangte eine Menge Geld. Der alte Komiker hatte sich besonnen. Und schließlich war er auf die Sparkasse gegangen und hatte sich die ersparten Groschen geholt. . . .

Und heute abend würde er die blitzende Glosse vortragen. Wie Zeus den flammenden Strahl, würde er sie ins Publikum schleudern. Da werden sie zünden. Die träggewordene Masse des jetzigen Publikums würde sie aufpeitschen. Ein Gedröhne bräche los. Die Stühle würden sie umwerfen, wieder heranstürmen würden sie ans Podium, wie damals. „Auf die Schultern!" würde einer rufen, würden viele rufen. . . .

Mächtig schlug des alten Komikers Brust, wenn er daran dachte. Und er mußte lächeln: wie er jetzt knapp vor seiner Nummer hinter den Kulissen wartete — wahrhaftig, er hatte wieder das Lampenfieber, das er zum letztenmale vor — vor — wann war es doch — richtig, das er zum letztenmale vor fünfundzwanzig Jahren hatte und seitdem nicht mehr. So was verliert sich mit der Zeit und der Routine. Was war das? Klatschen? Ach so, die Soubrette hatte ihre Nummer fertig.

Da capo?

Er hörte schärfer hin, verstand die Worte. Wieder starkes Klatschen? Ach ja, so süß versteckte Zötchen zogen immer. Er fuhr sich mit der Hand über die alte Stirn: Gott sei Dank, Zoten hatte er nie gerissen, all die dreißig Jahre her. . .

„He, Herr Alois, Ihre Nummer — geschwind!"

Der Herr Direktor hatte es geflüstert. Mechanisch stand der alte Komiker auf. Weiß der Teufel, das Lampenfieber war immer noch da.

„— und vergessen Sie nicht, Herr Alois, von Ihrem heutigen Erfolg hängt es ab, ob ich den Vertrag auf ein weiteres Jahr verlängern kann. Tun Sie Ihr Bestes und . . .

Der alte Komiker stand an der Rampe und sah ins Publikum. Mit dem alten leeren Schauspielerblick sah er ins Publikum. Keine menschlichen Gesichter unterschied er. Er sah nicht die von behäbiger Neugier umsäumten Tische. Er sah die Studenten nicht und nicht die Kommis, und nicht die anderen, die für ihr Eintrittsgeld auch was Ordentliches zum Lachen haben wollten, ein gestrichenes Kartoffelscheffel von Gelächter für fünfundzwanzig Pfennig Eintrittsgeld.

Das alles sah er nicht. Er bildete sich ein, das da drunten sei ein Acker voller Krautköpfe.

Und der alte Komiker begann mit einem leichten Theaterdonner, einem Späßchen vom vergangenen Tag. Aber der Krautacker blieb starr und ungerührt.

Da griff der alte Komiker in seine beste Zeit zurück und holte ein altes tüchtiges Couplet hervor. Er schmetterte es mit ganzer Kraft hinaus. Ganz wie damals dachte er, ganz wie damals, als er die Erfolge hatte. Aber was war das? Das Krautfeld blieb starr. Kein einziger Kopf hatte sich gerührt.

Der alte Komiker biß die Zähne zusammen. Wartet, ich komme euch, dachte er. Jetzt setz ich euch was vor, was mich — was mich fast mein ganzes Sparguthaben gekostet hat. Etwas von einem berühmten Dichter, verehrtes Publikum; ihr werdet schauen. . . .

Und er ließ die geistfunkelnden Sterne der marmorscharf herausgearbeiteten Glosse wie ein Feuerwerk ins Publikum. So — jetzt noch eine blendende Raketengarbe von Witz und Geist zum Schluß — uff. . . Er wartete. . . .

Nichts.

Er wartete weiter mit angehaltenem Atem.

Nichts. Ganz ruhig blieb das Krautfeld. Nur in der vordersten Reihe sah er zwei Köpfe sich zueinander neigen, sah Linie menschlicher Gesichter. Und in den Zügen dieser beiden Köpfe las er plötzlich wie durch einen Nebel:

„Er tut uns leid, der alte Komiker. . . ."

Da geschah es, daß eine fürchterliche Bitterkeit ihn ihm den dreißig Jahre alten Schlangenkopf hob und aus ihm herauszischte. Was diese Schlange zischte, war ihm kaum bewußt.

Nur dunkel empfand er, daß es eine schneidend satirische Klage war. Eine Klage, die sich auf einer stegreifgewohnten Zunge von selbst in merkwürdige Reime goß. Die Klage des alten Komikers auf ein dreißigjähriges Mühen. Eine gesträubte Anklage gegen das Publikum. Und die Widerhaken dieser flammenden Reime fuhren ins Publikum wie die jäh geworfenen Schnüre von hundert Angelgerten. Und siehe da, die Widerhaken verfitzten sich in das Krautfeld, saßen fest. Und wie jetzt der alte Komiker darum zog, um sie wieder zurückzuhaben, da fingen diese Krautköpfe zu wackeln an. Wie toll wackelten sie hin und her. Ganze Reihen schwankten. Und ein Lärm war und ein Rufen.

Und als jetzt der letzte Reim verklang, in einer heiseren Komikerstimme unterging, da sprangen wahrhaftig diese Köpfe auf. Gegen das Podium rollten sie vor. Unmäßig viele Hände streckten sich aus den Krautkronen in die Höhe und klatschten, klatschten . . .

„Bravo! Bravo! Da capo! Da capo!" hört er es durch die Nebel branden.

Und jetzt kamen wahrhaftig eine ganze Reihe Köpfe an seine alten Füße heran und es kam ihm vor, als ob diese Köpfe Studentenzwicker auf den grünen Blättern hätten.

„Auf die Schultern . . .!" hörten seine alten Ohren rufen. Und dann hörte er dicht neben sich die klare Stimme seines Direktors:

„Herr Alois, ich gratuliere Ihnen — das war das beste satirische Glück, was ich jemals hörte — Herr Alois, ich verlängere Ihren Kontrakt um . . ."

Deutscher Tagesbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 22. Juli. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. Zwischen Aisne und Marne dauert die Schlacht in unverminderter Heftigkeit fort. Trotz seiner schweren Niederlage am 20. Juli stieß der Feind unter Einsatz frischer Divisionen und neu herangeführter Panzerwagen erneut zu erbitterten Angriffen gegen unsere Linien vor. Seine Angriffe sind gescheitert. Gefangene bestätigen die schweren Verluste des Feindes. Auch der gestrige Kampftag führte wiederum zu einem vollen Erfolge der deutschen Waffen.

Zwischen Aisne und südwestlich von Hartennes leitete stärkstes Trommelfeuer am frühen Morgen Infanterieangriffe des Feindes ein. Südwestlich von Soissons und südwestlich von Hartenes brachen sie schon vor unseren Linien zusammen. Nördlich von Villemontoire drangen Teile des Feindes vorübergehend über die Straße Soissons-Chateau-Thierry vor. Unser Gegenangriff warf sie wieder völlig zurück. Auch Villemontoire und Tigny waren Brennpunkte des Kampfes, den erfolgreiche Gegenstöße zu unseren Gunsten beendeten. Am Abend wurden erneut feindliche Angriffe südwestlich von Soissons schon in ihrer Bereitstellung getroffen. Wo sie noch zur Durchführung kamen, brachen sie verlustreich zusammen.

Beiderseits des Ourcq stieß der Feind am Vormittag mehrfach vergeblich gegen unsere Linien vor. Nach Heranführung frischer Kräfte holte er am Nachmittag zu erneuten Angriffen aus. Nach schwerem Kampf brachten Gegenstöße den Ansturm des Feindes beiderseits von Oulchyle Chateau zum Scheitern.

Nördlich und nordöstlich von Chateau-Thierry erschwerten unsere im Vorgelände gelassenen Abteilungen dem Gegner das Herankommen an unsere neuen Linien. Erst am Abend kam er zu stärkeren Angriffen, die unter schweren Verlusten für den Feind zusammenbrachen.

An der Marnefront Artillerietätigkeit. Zwischen Marne und Ardre setzten Engländer und Franzosen ihre Angriffe fort. Sie wurden blutig abgewiesen.

Heeresgruppe Herzog Albrecht. Erfolgreicher Vorstoß in die feindlichen Linien bei Ancervillier.

Der 1. Generalquartiermeister: Ludendorff.

Deutscher Abendbericht.

WTB. Berlin, 22. Juli, abends. (Amtlich.) An vielen Stellen der Schlachtfront zwischen Aisne und Marne Ruhe. Oertliche Kämpfe südlich des Ourcq.

Die feindlichen Heeresberichte.

Französischer Heeresbericht vom 21. Juli, abends. (Verspätet eingetroffen.) Die Schlacht dauert unter für uns günstigen Bedingungen auf der ganzen Front zwischen Marne und Aisne an. Nördlich des Ourocq drängen unsere Truppen den Feind, welcher sich bemüht, unseren Vormarsch aufzuhalten, zurück. Sie sind unter Kämpfen in die Gegend nördlich von Villemontoire vorgerückt. Weiter südlich rückten wir östlich von der allgemeinen Linie Tigny-Belly fur Ourocq vor. Südlich des Ourocq haben wir einen beträchtlichen Fortschritt über Neuilly—St. Front hinaus gemacht und die Höhen östlich von La Proix und von Grisolles genommen. Unter dem doppelten Druck der französisch-amerikanischen Streitkräfte, welche zwischen dem Ourcq und der Marne vorgehen und der französischen Einheiten, welche den Fluß zwischen Fossoy und Charteves überschritten haben, sind die Deutschen über die Linie Vogu—St. Germain—Mont St. Pers zurückgeworfen. Chateau-Thierry ist in weitem Umkreis nach Norden hin befreit. Zwischen der Marne und Reims vollzog sich der Kampf mit äußerster Heftigkeit. Während des ganzen Tages griffen französisch-englische Truppen gemeinsam mit italienischen Truppen mit unermüdlicher Beharrlichkeit die beträchtlichen Streitkräfte des Feindes an.

Wir nahmen St. Euphraise und Bouilly und gewannen im Ardre-Tal, im Gehölz von Courton und im Königswald Boden. Im Laufe dieser Unternehmungen nahmen die Engländer 4 Geschütze und machten 400 Gefangene, darunter 11 Offiziere, von denen 2 Bataillonsführer waren.

Amerikanischer Bericht vom 21. Juli 9 Uhr abends. Zwischen der Aisne und der Marne trugen unsere Truppen heute neue Erfolge davon. Mit unermüdlichem Schneid und Nachdruck zwangen sie den Feind von neuem, seine hart verteidigten Stellungen aufzugeben. Im Laufe der während der letzten Tage gelieferten Kämpfe machten unsere Divisionen mehr als 6000 Gefangene, darunter mehr als 100 Offiziere, und erbeuteten eine große Zahl von Grabengeschützen und Maschinengewehren.

Feindliche Fliegerangriffe auf badische und pfälzische Städte.

WTB. Karlsruhe, 22. Juli. Die heute Nacht wieder erfolgten Fliegerangriffe auf Speyer und Ludwigshafen haben nur in Speyer geringen Sachschaden verursacht. Personen wurden nicht verletzt.

WTB. Karlsruhe, 22. Juli. Auch heute mittag griffen feindliche Flieger Mannheim-Ludwigshafen an. Bisher ist über Schaden nichts bekannt. (Z.)

Aus aller Welt.

Brand in einer Munitionsfabrik. Die in Plauen befindliche Munitionsfabrik der A.E.G. ist am 19. Juli nachmittags, vermutlich durch Selbstentzündung von Brennstoff, teilweise zerstört worden, wobei außer beträchtlichem Sachschaden leider auch eine größere Anzahl von Menschenleben zu beklagen ist. Der Brand war nach 2½ Stunden durch die Feuerwehr gelöscht. Es ist zu hoffen, daß der Betrieb bald wieder aufgenommen werden kann.

Der Deserteur. In einem Garten an der Beethovenstraße in Wiesbaden hat ein Deserteur aus Erbach einen Schutzmann, der ihn festnehmen wollte, durch zwei Revolverschüsse schwer verletzt. Der Deserteur verübte später Selbstmord.

Werbt fortwährend neue Abonnenten!

Oesterreich-ungarischer Tagesbericht.

WTB. Wien, 22. Juli. (Nicht amtlich.) Amtlich wird verlautbart: An der italienischen Front keine besonderen Ereignisse.

In Albanien nahm vor drei Tagen der Feind nördlich von Berat und im oberen Devoli-Tale seine Angriffe wieder auf. Von örtlichen Schwankungen abgesehen, gelang es ihm nirgends Vorteile zu erringen. Die Kämpfe dauern an. Zwischen dem Semeni-Knie und dem Meere drangen unsere Erkundungsabteilungen an mehreren Stellen in die italienischen Linien ein.

Der Chef des Generalstabs.

Ein amerikanischer Transportdampfer versenkt

WTB. Berlin, 22. Juli. (Amtlich.) Der amerikanische Transportdampfer „Leviathan" (früherer Dampfer der Hamburg-Amerikalinie „Vaterland") 54282 B.R.T. ist am 20. Juli an der Nordküste Irlands versenkt worden.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

*

Die „Vaterland" der Hamburg-Amerika-Linie war vor Kriegsausbruch das größte in Fahrt befindliche Schiff der Welt — ein Triumph deutscher Schiffsbaukunst. Der Riesendampfer, dem im Bau der „Imperator" mit 52 100 Tonnen voraufgegangen war, umfaßte 54 300 Reg.-Tonnen. Er war 300 Meter lang, 35 Meter breit. Platz bot das Riesenschiff in Friedenszeiten für 6000 Passagiere. Seine Fahrtgeschwindigkeit (Pferdekräfte 16 500) betrug 22,5 Knoten. Seine erste Reise machte der Riesendampfer „Vaterland" im Jahre 1914 und zwar kam er am 29. Juli 1914 in Amerika an, wo er wegen des Kriegsausbruches gleich verbleiben mußte. Deutsche Technik schuf dieses stolze Schiff, dessen Schicksal es war, von deutscher Technik zerstört werden zu müssen. Der Bau der „Vaterland" wurde 1913 vollendet.

Versenkt.

WTB. Berlin, 21. Juli. (Amtlich.) Im Sperrgebiet um England wurden 12000 B.R.T. versenkt.

WTB. Washington, 21. Juli. (Nicht amtlich.) Der stellvertretende Marinesekretär erklärte, der am Freitag gesunkene Kreuzer sei anscheinend auf eine Mine gelaufen. Es seien mehrere Minen in der Nachbarschaft gefunden worden. Dagegen habe man kein Unterseeboot gesehen. 48 Mann der Besatzung werden vermißt. Der verlorene Kreuzer heißt „St. Diego" und sank 10 Meilen von Fire-Island. Die Ueberlebenden sind in Longisland gelandet.

Die Machenschaften der rumänischen Kriegshetzer.

WTB. Bukarest, 22. Juli. Das Regierungsblatt „Jaschul" veröffentlicht Enthüllungen, die beweisen, daß die frühere Regierung Bratianu und ihre verbündeten Kriegstreiber unter Hinwegsetzung über alle verfassungsmäßigen Faktoren den Krieg aus eigener Machtvollkommenheit herbeiführte. Die Kriegserklärung Rumäniens an Oesterreich-Ungarn war lange vor dem 24. August 1916 abgefaßt und befand sich wenige Tage später in den Händen des rumänischen Gesandten in Wien mit der Weisung, sie am 27. August, abends 9 Uhr am Ballplatz zu übergeben. Die Beschlüsse des Kronrates vom 27. August waren zwei Tage früher von der Regierung Bratianus zusammen mit Anhängern des Krieges gegen die Mittelmächte festgestellt worden. Hierin liegt die Hauptschuld der früheren Regierung Bratianus, die keinerlei Recht hatte, eine Kriegserklärung zu machen, zu der nach rumänischer Verfassung weder der König noch die Regierung, sondern einzig und allein die Nation durch ihre gesetzlichen Vertreter im Parlament berechtigt war. Diese schwere Verfassungsverletzung führte Rumänien zur Katastrophe und die Schuldigen müßten solidarisch zu wirklicher, tatsächlicher Entschädigung an das Land verurteilt werden, das sie moralisch und materiell ungeheuer schädigten.

Berlin, 21. Juli. Aus Kopenhagen erfährt der „Berl. Lokalanzeiger": Ueber Helsingfors wird gemeldet, daß in Moskau die Cholera aufgetreten sei, die sich schnell ausbreitet. Alle Aerzte und Krankenpfleger seien zur Bekämpfung der Epidemie aufgeboten. Es seien dafür bedeutende Summen bewilligt.

Kleine Kriegsnachrichten.

Berlin, 22. Juli. (Privatmeldung.) Aus militärischen Kreisen wird der „Agencia Americana" einer Berner Meldung des „B. T." zufolge versichert, daß die Regierung Brasiliens mit der Washingtoner Regierung vereinbarte, die brasilianischen Truppen aktiv am Kriege teilnehmen zu lassen. Zu diesem Zwecke sollen die brasilianischen Truppen zunächst zur Ausbildung nach den Vereinigten Staaten geschickt werden.

Berlin, 22. Juli. Die „Vossische Zeitung" meldet aus Straßburg: Der „Oberelsässischen Landeszeitung" zufolge war der Zug der ankommenden Internierten ein Bild herzzerbrechenden Elends. Nicht bloß die Altdeutschen wurden in Frankreich schlecht behandelt, sondern auch die Elsässer.

Berlin, 22. Juli. Nach einer Genfer Depesche des „Berl. Tageblatts" berichtet die „Agence Havas": Clemenceau, begleitet von Rene Renault, dem Präsidenten der Armeekommission, hätten den Sonntag an der Front verbracht. Er habe Chateau-Thierry besucht, dessen Straßen nach diesem offiziell erBericht von Trümmern und Leichen angefüllt seien.

Bern, 22. Juli. (WTB. Nicht amtlich.) Wie Agence Havas aus dem Haag meldet, berichten die englischen Blätter, daß ein großer Brand gewaltige Mengen Kriegsmaterial und Heereslieferungen im Hafen von Piräus vernichtet habe. Der Schaden soll mehrere Millionen Pfund Sterling betragen.

WTB. Bern, 21. Juli. (Nicht amtlich.) „Progres de Lyon" teilt mit, daß im Arsenal in Castres eine Reihe von Explosionen in einem Bomben- und Sprengstoffdepot stattgefunden hat. Nach der ersten Explosion wurde der Befehl auf Räumung der Stadt erteilt. Dank dieser Maßnahme ist die Zahl der Opfer, obwohl noch nicht ganz genau bekannt, gering. Der Schaden in der Stadt ist sehr groß. Er erstreckt sich auf 10 Kilometer Umkreis. Eine Explosion des Pulverlagers und der Hauptmeldestätte konnte bisher verhindert werden.

Die Lage in Rußland.

Zur Ermordung des Exzaren.

WTB. Kiew, 22. Juli. (Nicht amtlich.) Die meisten Zeitungen bringen Artikel angesichts des Todes des Zaren. Bürgerliche Zeitungen sprechen die Ueberzeugung aus, daß die Hinrichtung des Zaren geeignet sei, den monarchischen Gedanken, der sich bereits überall rege, zu stärken und zum Durchbruch zu verhelfen. Unter der Assistenz der Vikarbischöfe und zahlreicher Geistlichkeit hielt der Metropolit Antonius gestern in der Sophien-Kathedrale eine feierliche Seelenmesse für den verstorbenen Monarchen. Die Kathedrale war überfüllt.

WTB. Kiew, 22. Juli. (Nicht amtlich.) Der Hetmann bestätigte das Gesetz über die Errichtung eines Senats in Kiew als höchsten Gerichtshof und Verwaltungsbehörde der Ukraine.

Kommunalpolitik.

Städtetag der mittleren Städte Badens.

Oberkirch, 22. Juli. Der Verband der mittleren Städte Badens hielt am Samstag unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Neff-Oberkirch seinen 24. Städtetag ab. Vertreten waren 40 Verbandsstädte. Der Vorsitzende des geschäftsführenden Ausschusses, Bürgermeister Dr. Weiß-Eberbach erstattete den Tätigkeitsbericht über das abgelaufene Geschäftsjahr. Darnach dienten dem Ausschuß die Entschließungen des letzteren Städtetages als Grundlagen für die Schritte, die er während des Jahres unternahm, um auf die im Flusse befindlichen Vorbereitungen zur Neugestaltung der Gemeindegesetzgebung und der Kreisverfassung im Sinne der Interessen der mittleren Städte einzuwirken. Insbesondere dienten sie auch als Unterlage für die Tätigkeit des Vertreters in der Ersten Kammer. Der Gang der Landtagsverhandlungen konnte als erfreulich betrachtet werden. — Bürgermeister Dr. Wettstein-Weinheim berichtete über die Arbeitslosenfürsorge. Er besprach dabei auch den von ihm mitbearbeiteten Entwurf des Verbandes Badischer Arbeitsnachweise, bei dem, wie der Berichterstatter ausführte, der paritätische Gedanke und sozialer Geist die Feder geführt haben. Dem Entwurfe wurde nach einer lebhaften Aussprache grundsätzlich zugestimmt.

Zur weiteren Besprechung stand sodann die Organisation der Jugendfürsorge. Der Ausschuß des Städtetags beantragte hierzu, der Städtetag wolle sich im Hinblick auf die Verschiedenheit der örtlichen Verhältnisse gegen eine gesetzliche Regelung der Jugendfürsorge für sämtliche bad. Gemeinden aussprechen. Berichterstatter Bürgermeister Dr. Thorbecke-Singen beantragte dazu einen Zusatz, nach welchem die Städte unter gewissen Voraussetzungen verpflichtet sein sollten, eine freiwillige organisatorische Zusammenfassung aller der Jugendfürsorge dienenden Bestrebungen zu bewirken. Die Versammlung stimmte dem zu. Zur Sprache kam dann weiter die Rohstoffversorgung in der Uebergangszeit und die Spätversorgung, wobei die schon mitgeteilten Leitsätze Annahme fanden. Der nächste Städtetag soll in Säckingen stattfinden.

Der Boykott der Stralsunder Presse gegen das bürgerschaftliche Kollegium ist infolge angemessener Erklärungen des Vorstehers Dr. Langemark beendet.

Hilfe für Hausbesitzer. Um den Hausbesitzern den Umbau für Dachräumen oder von bisher gewerblich benützten Räumen für Wohnzwecke zu erleichtern, hat die Stadtgemeinde Mannheim einen Kredit von 100 000 Mk. zur Verfügung gestellt.

Gewerkschaftliches.

Lohnforderungen der Tabakarbeiter. Die drei Tabakarbeiterverbände in Bocholt, Bezirk Essen, haben an die Unternehmer der Tabakindustrie eine Eingabe gerichtet, in der um Erhöhung der bisher bewilligten Lohn- und Teuerungszulagen ersucht wird. Die Mehrzahl der Fabrikanten gewährt heute 50 Prozent Zulagen, ein Teil gewährt 60, 70 und 80 Prozent. Die Forderung der Tabakarbeiter stützt sich besonders auf die infolge der Einschränkung in der Tabakverarbeitung geringer gewordenen Verdienstmöglichkeiten.

Tabakarbeiterstreik in Schweden. Die Tabakarbeiter in Stockholm haben den Streik beschlossen und da in Schweden die ganze Tabakfabrikation Staatsmonopol ist, könnte sich dieser leicht auf Malmö und Landskrona ausdehnen. Es handelt sich dabei um Auseinandersetzungen über die Verteilung der Arbeiter auf die verschiedenen Lohnklassen. Die Monopolverwaltung hat sich noch in letzter Stunde zu Verhandlungen bereit gefunden, deren Ergebnis noch nicht feststeht.

Gerichtszeitung.

Zwei schwere Verbrecher, der Taglöhner H. Scharenbeck und der Elektromonteur Franz Fackers aus Pirmasens, die im Frühjahr Einbruchsdiebstähle in die Räume des Nationalen Frauendienstes und des Roten Kreuzes in Mannheim unternommen hatten, wurden von der Frankenthaler Strafkammer abgeurteilt. Scharenbeck erhielt fünf Jahre Zuchthaus und Fackers zwei Jahre Gefängnis.

Kindestötung und Meineid. Vor dem Schwurgericht in Konstanz wurde die 25jährige Dienstmagd Pauline Ketterer von Viertäler wegen vorsätzlicher Kindestötung zu 2½ Jahren und der 36jährige verh. Kaufmann Wilh. Frey von Bonndorf wegen Anstiftung zu der Tötung zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt. — Wegen falscher Anschuldigung und Meineids erhielt der 23jährige Fabrikarbeiter Josef Janssen von Tiegen 2½ Jahre Gefängnis.

Mordversuch. Unter der Anklage des Mordversuchs und des Totschlagsversuchs hatte sich der ledige 22jährige Taglöhner D. Heckendorn aus Schopfheim vor dem Schwurgericht in Konstanz zu verantworten. Er wird beschuldigt, am Abend des 23. März in der Nähe von Schopfheim versucht zu haben, den von der Jagd heimkehrenden Kommerzienrat Otto Bally zu erschießen und ferner den Gendarmen Schapinger, als dieser ihn verhaften wollte, mit einem Militärdolch gestochen und schwer verletzt zu haben. Aus der Verhandlung ging hervor, daß Heckendorn ein Opfer der Schundromane geworden ist. Seine Bibliothek zählte mehr als 100 Bände der berüchtigsten Indianergeschichten. Das Urteil lautete auf 6 Jahre Gefängnis.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Der erste Kriegsparteitag der badischen Sozialdemokratie.

Zweiter Verhandlungstag.

* Offenburg, 21. Juli.

Der Vorsitzende Gen. Geiß eröffnete nach ½9 Uhr die Tagung mit einigen geschäftlichen Mitteilungen, dann begrüßte er den als Vertreter der Pfalz und Bayerns erschienenen Gen. Hammer-Ludwigshafen; die Genossen Hessens haben Grüße entsandt, ebenso Gen. Engler-Freiburg, der erkrankt ist.

Für die Mandatsprüfungskommission erstattete Gen. Schöttle-Pforzheim den Bericht; es sind erschienen 88 männliche Delegierte und 5 weibliche, von dem Landesvorstand sind 5 Genossen, von den Kreisvorsitzenden 9, 1 Reichstagsabgeordneter, von der Parteipresse 4 Genossen anwesend. die Landtagsfraktion ist mit 10 Genossen vertreten, im ganzen also 73 Teilnehmer.

Es wird nun in die Tagesordnung eingetreten und fortgefahren bei Punkt 8.

Reichspolitik.

Referent Reichstagsabgeordneter **Oskar Geck-Mannheim.**

Wir bringen die Rede des Gen. Geck an anderer Stelle des Blattes im Wortlaut.

Gen. Geiß verliest nachstehende

Entschließung:

„Der am 20. und 21. Juli 1918 zu Offenburg abgehaltene Parteitag der bad. Sozialdemokratie billigt die Haltung, welche Reichstagsfraktion und Parteivorstand während der vier Kriegsjahre in den großen politischen Fragen eingenommen haben.

Er erklärt sich insbesondere mit ihrer Stellungnahme zur Frage der Landesverteidigung und mit ihren Bestrebungen zur freiheitlichen und demokratischen Ausgestaltung der inneren Einrichtung in Reich und Einzelstaaten einverstanden.

Mit besonderer Befriedigung begrüßt der Parteitag die energische und zähe Arbeit der Reichstagsfraktion und des Parteivorstandes zur Anbahnung eines ehrenvollen, die Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes sichernden und die Freundschaft mit allen Kulturnationen gewährleistenden Friedens.

Er vertraut darauf, daß sie diese Arbeit auch fernerhin energisch fortsetzen, um das deutsche Volk recht bald wieder der Segnungen aufbauender Kulturarbeit teilhaftig werden zu lassen."

Der Vorsitzende schägt vor, um den guten Eindruck der Ausführungen des Gen. Geck nicht abzuschwächen und in Anbetracht der Geschäftslage von einer Diskussion abzusehen.

Gen. Martzloff erklärt, daß er sich dem Wunsche des Vorsitzenden anschließe, aber damit nicht zu erkennen geben möchte, daß er mit allen Ausführungen des Gen. Geck sowie mit allen Teilen der Resolution einverstanden sei; in anbetracht der Geschäftslage und da die Versammlung auch überwacht sei, verzichte er auf eine Besprechung der Rede und Darlegung der Ansichten der Opposition. — Die Versammlung erklärt sich mit dem Vorschlag des Vorsitzenden einverstanden.

Die Entschließung wurde mit allen abgegebenen Stimmen angenommen, bei der Gegenprobe erhob sich Niemand.

Bezirksamtmann Frank gibt nun eine Reihe Verhaltungsmaßregeln bei eventueller Fliegergefahr.

Gen. Geiß verliest ein Begrüßungsschreiben des Gen. Berl, der in der Ukraine im Felde steht.

Nach einer Pause von 5 Minuten erfolgte die Erledigung des weiteren Punktes der Tagesordnung:

Bericht der Landtagsfraktion,

Berichterstatter Gen. Landtagsabg. **Strobel**, er führt aus:

„Im Auftrage der Landtagsfraktion habe ich Ihnen den Bericht über die Arbeiten des Landtags 1917/18, soweit dieselben bis jetzt erledigt sind, zu erstatten. Wie bekannt, setzt der Landtag seine Arbeiten im August fort er hat noch das Biersteuergesetz, das Einkommenssteuergesetz und eine Denkschrift über die Reservatechte beim Branntweinmonopol zu verabschieden. Große Aenderungen an dem bisher Geleisteten wird diese Fortsetzung nicht bringen. Der Landtag hatte ein äußerst umfangreiches Arbeitspensum zu bewältigen. Insbesondere waren es die wirtschaftlichen Maßnahmen während des Krieges, welche einen großen Teil der Beratungen beanspruchten. Durch Tod wurden der Fraktion während des Krieges die Genossen Dr. Ludwig Frank, Albert Süßkind und Wilhelm Kolb entrissen. Was die Verstorbenen der Partei und der Fraktion waren, wurde im Geschäftsbericht des Landesvorstandes bereits gesagt. Viel, sehr viel hat die Partei an den Verstorbenen verloren. Die Genossen Marum, Strobel und Weißmann sind an Stelle der Dahingeschiedenen in die Fraktion eingetreten. Adolf Geck schied aus der Fraktion und vollzog seinen Uebertritt zur U. S. P. — Die Bildung der Reichstagsmehrheit wirkt auch auf Baden. Das Zentrum, welches auf den letzten Landtagen eine Vertretung im Präsidium ablehnte, weil sein Anspruch auf Stellung des 1. Präsidenten nicht anerkannt wurde, trat kurz vor der Eröffnungssitzung an die sozialdemokratische Fraktion heran mit dem Bemerken, daß es diesmal seinen Anspruch, im Präsidium vertreten zu sein, geltend mache. Zu diesem Verlangen nahm die sozialdemokratische Fraktion Stellung und entschied einstimmig, daß das

Großblockverhältnis als nicht mehr bestehend

zu erachten sei. Dieserhalb erklärte die sozialdemokratische Fraktion, dem Zentrum den 1. Präsidenten zuzuerkennen. Die Nationalliberalen meinten, der Lösung des Großblocks hätten vorher offizielle Verhandlungen mit den in Frage kommenden Parteien vorausgehen sollen. Diese Meinung vertrat auch die „Freiburger Volkswacht". Zu Verhandlungen zwecks Lösung des Großblocks war keine Zeit. Der Großblock ist erstmals im Jahre 1905 entstanden und hatte zum Ziel, eine klerikal-konservative Mehrheit zu verhindern; dieses Ziel hat der Großblock erreicht. Funktionierte der Großblock 1905 und 1909 gut, so zeigte sich später in liberalen Kreisen eine immer größere Gegnerschaft. Bei den Landtagswahlen 1913 versagten die Nationalliberalen in eine Reihe von Wahlkreisen vollkommen. Es gewann immer mehr den Anschein, daß die Nationalliberalen den Großblock nur zur Sicherung ihrer Mandate zu benützen beabsichtigten. Eine Arbeitsgemeinschaft im Landtag, wie das die Folge hätte sein müssen, war der Großblock nie. Alle Parteien betrachteten den Großblock als ein taktisches Wahlbündnis. Selbst in Kulturfragen wurden die Nationalliberalen immer unzuverlässiger und krönten ihre Werke auf der letzten Tagung des Landtags dadurch, daß sie der Einführung des Pflicht-Religionsunterrichts in der Fortbildungsschule zustimmten. Von diesen Gesichtspunkten aus beurteilt, muß die Lösung des Großblocks bewertet werden; geschieht dies, dann wird der Entschluß der Fraktion allgemeine Zustimmung finden. (Beifall.) Durch die Auflösung des Großblocks hat die Sozialdemokratie volle Freiheit ihrer Entscheidungen erlangt. Es wird Situationen geben, wo die Sozialdemokratie mit dem Zentrum und auch solche, wo sie mit den Nationalliberalen zu einheitlichem Handeln zusammengeführt wird. Je nach dem Interesse der Allgemeinheit wird die Entscheidung fallen. Zwischen Zentrum und Nationalliberalen bildet die sozialdemokratische Fraktion das Zünglein an der Wage.

So hat die Arbeit dieses Landtags mit bedeutenden äußerlichen Aenderungen eingesetzt. Daß die Lösung des Großblocks kein Nachteil für die badische Politik war, bewiesen die Arbeiten dieses Landtags. Wollte man auf dem außerordentlichen Landtag 1917 von einer Neuorientierung im sozialdemokratischen Sinne von Seiten des Zentums nichts wissen, und von nationalliberaler Seite so viel wie nichts, so stellten auf dem letzten Landtag mit den Sozialdemokraten und Fortschrittlern auch die Nationalliberalen

Anträge auf Verfassungsänderung,

auf Reform der Gemeinde- und Städteordnung, Neugestaltung der Kreisverfassung und Neuordnung des Schulwesens. — Staatsminister Freiherr von Dusch schied aus der Regierung. An seine Stelle trat der Minister des Innern, Freiherr von und zu Bodman. Der neue Staatsminister ist ein durchaus gerecht urteilender Staatsmann, aber ein Bürokrat aus echtem Schrot und Korn. (Sehr richtig!) In der Zeit vom Ende des außerordentlichen bis zum Beginn des ordentlichen Landtags erklärte die Regierung, daß sie neben Erfüllung einer Reihe von Zentrumswünschen in Bezug auf Aenderung des Kirchen- und Stiftungsgesetzes, auch einen Weiterausbau von Verfassung, Gesetzgebung und Verwaltung in dem Sinne für geboten erachte, allen Volkskreisen die Möglichkeit zu schaffen, in verstärktem Maße an der Leitung und Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten mitzuwirken. Von der Sozialdemokratie wurde das parlamentarische Regierungssystem gefordert, das aber der neue Staatsminister im Namen der Regierung ablehnte. Einer Etablierung der Volksherrschaft ist Herr Staatsminister von Bodman abhold, er hält in allen Teilen an dem „monarchisch bürokratischen Obrigkeitsstaat" fest. Um eine bessere Fühlung mit der Volksvertretung herzustellen, erstrebt die Sozialdemokratie für den Landtag die Einführung einjähriger Legislaturperioden. Der neue Staatsminister lehnte dieses Verlangen ab, er glaubt das Ziel auch zu erreichen durch Annahme eines nationalliberalen Antrages, welcher eine Erweiterung des landständischen Ausschusses und dessen Befugnisse will. Die Sozialdemokratie ist Gegnerin einer solchen Zwischeneinrichtung, da sie darin eine Schwächung der Rechte des Parlaments erblickt. Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Fortschrittler wurde der Ausbau des landständischen Ausschusses beschlossen. — Eine alte sozialdemokratische Forderung ist die

Einführung der Verhältniswahl zum Landtag.

Sie wurde von den Demokraten stets und von den Nationalliberalen seit neuerer Zeit unterstützt. Solange das indirekte Wahlverfahren bestand, zeigte das Zentrum volles Verständnis für die Einführung der Verhältniswahl. Sein Führer Wacker war es, der die großen Vorzüge der Verhältniswahl schilderte. Seitdem die direkte Wahl eingeführt ist, änderte allmählich das Zentrum seine Auffassung. Mit 27 gegen 24 Stimmen nahm der Landtag jene Anträge an, welche die Einführung der Verhältniswahl für das ganze Land fordern, und lehnte mit gleicher Stimmenzahl die Einführung des Provorzes in den Städten mit zwei und mehr Abgeordneten ab. Von der Ersten Kammer wird vorgeschlagen, die Verhältniswahl vorerst in den Städten auf die Dauer von zwei Wahlperioden einzuführen. Bewähre sie sich, dann soll die Uebertragung auf das ganze Land erfolgen. Hierüber sei vor dem Juni 1927 Entscheidung zu treffen. Da die notwendige verfassungsmäßige Mehrheit nicht erreicht wurde, ist es fraglich, daß vorerst in dieser Frage etwas geschieht.

Zur Reform der Gemeinde- und Städteordnung beantragte die Fraktion, Beseitigung der Klassenwahl, Einführung des Frauenwahlrechts, direkte Wahl der Bürgermeister und Beschränkung der Staatsaufsicht. — Einstimmigkeit wurde erzielt, daß die Klassenwahl zu beseitigen und der Stadtverordnetenvorstand nach der Verhältniswahl zu wählen ist. — Eine Aenderung der Gemeindebesteuerung wird in dem Sinne verlangt, daß eine Entlastung der verschuldeten Liegenschaftssteuerwerte eintritt, das Kapitalvermögen unter Schonung der kleinen Vermögen, höher herangezogen, der Einkommensvervielfacher erhöht und das Beamtenvorrecht beseitigt, oder entsprechend gemindert wird. Der Abschaffung der Klassenwahl stimmt die Regierung zu, jedoch beabsichtigt sie das bodenständige Element gegenüber dem fluktuierenden zu schützen. Das beabsichtigt die Regierung, obwohl sie nach eingezogenen Erkundigungen von den Oberbürgermeistern der Städte mitgeteilt erhielt, daß die Arbeit der Vertreter der dritten Wählerklasse stets befriedigend und im Interesse der Gemeinde gelegen sei. Von der Fraktion wurde diese Absicht bekämpft. — Einer

Reform der Ersten Kammer

galten Anträge der Nationalliberalen und des Zentrums. Sozialdemokratie und Fortschrittliche Volkspartei bekämpften eine Reform und forderten Aufhebung der Ersten Kammer. Beschlossen wurde, daß künftig zwei Arbeitervertreter in die Erste Kammer eintreten und die Zahl der Vertretung des grundherrlichen Adels vermindert werden soll. — Ueber die Notwendigkeit einer Reform der Kreisverfassung besteht Einstimmigkeit. Differenzen bestehen nur noch, ob die 11 Kreise verringert und die wenig leistungsfähigen mit leistungsfähigen Kreisen zusammenzulegen seien. — Seit Jahren führt die Sozialdemokratie Beschwerden darüber, daß man sie bei Ernennung von Bezirksräten nicht berücksichtige. Noch im Jahre 1914 vertrat der jetzige Staatsminister von Bodman die Auffassung, daß sich ein Sozialdemokrat infolge mangelnden Gemeinsinns nicht zum Bezirksrat eigne. Von der Zweiten Kammer wird einstimmig gefordert, daß die Bezirksräte künftig zu wählen seien. Als Wahlkörper werden die Gemeindevertretungen der Amtsbezirke und die verhältnismäßige Mandatsverteilung vorgeschlagen.

Kann die Sozialdemokratie mit dem Ergebnis der Beratungen über die bis jetzt besprochenen Gegenstände allgemein zufrieden sein, so trifft dies nicht zu, auf die Behandlung des Frauenwahlrechts, Sozialdemokratie und Fortschrittliche Volkspartei beantragten, den Frauen das politische Wahlrecht zu verleihen, was das Zentrum, Nationalliberale und die rechtsstehende Vereinigung ablehnten. Mehr Aussicht bestand anfänglich, das Gemeindewahlrecht für die Frauen in den Städten der Städteordnung durchzusetzen. Mit 25 gegen 21 Stimmen wurde dann auch das Gemeindewahlrecht für die Frauen abgelehnt. — Sozialdemokraten, Fortschrittler und Nationalliberale stellten Anträge auf

Neuordnung des Schulwesens.

Verlangt wurde in den Anträgen die Einführung der Einheitsschule, Förderung des Aufstiegs der Begabten, Besseraushildung des Lehrerstandes u. a. m. Zu einer eingehenden Beratung der Anträge kam es nicht. Man einigte sich dahin, die Regierung zu ersuchen, den Landständen eine Denkschrift über die Neugestaltung des Schulwesens zu unterbreiten. Dem Landtag war ein neues Fortbildungsschulgesetz zur Verabschiedung vorgelegt worden. Das Gesetz bringt eine Ausdehnung der Schulpflicht um 1 Jahr und der der Unterrichtszeit um 2 auf 4 resp. 6 Stunden pro Woche. Der Unterrichtsstoff wird der heutigen Zeit entsprechend erweitert Nach genauer Prüfung bringt das Gesetz keinen Fortschritt. Der Regierungsentwurf schlug die fakultative Einführung der Religion als Unterrichtsfach vor. Außerdem enthält der Regierungsentwurf die obligatorische Einführung des Turnunterrichts. Als Mindestunterrichtszeit für die weltlichen Fächer erachtete die Regierung vier Stunden als kaum ausreichend. Bei Einführung des Turn- und Religionsunterrichts müßte sich die Unterrichtsstundenzahl um je eine Stunde für jedes Fach erhöhen, sodaß insgesamt 6 Unterrichtsstunden nötig erschienen. Vom Zentrum wurde die obligatorische Einführung des Religionsunterrichts beantragt, dem die Nationalliberalen zustimmten. Ferner stimmten Nationalliberale und Rechte zu, daß das Mindestmaß von Unterrichtsstunden einschließlich Religion und Turnen, für vorwiegend Landbau treibende Gemeinden auf 4 pro Woche festgesetzt wird. Den Städten, welche bereits 6 Unterrichtsstunden haben, bringt das Gesetz eine Verschlechterung, weil künftig je eine Stunde pro Woche auf den Turn- und Religionsunterricht zu verwenden ist. Da ferner Religion als Pflichtunterricht einzuführen beschlossen wurde, konnte die Sozialdemokratie diesem Gesetz nicht zustimmen. Durch Erhöhung der Unterrichtsstundenzahl wäre der gleiche Effekt zu erreichen gewesen. Das Zentrum beantragte ferner die Aufhebung des § 137 des Schulgesetzes, nach welchem Kirchen und kirchlichen Korporationen nur mittelst eines besonderen Gesetzes die Errichtung von Schulen gestattet wird, während Privatpersonen die Genehmigung bei Erfüllung bestimmter Voraussetzungen ohne weiteres zu erteilen ist. Darin erblickt das Zentrum ein Ausnahmegesetz gegenüber den kirchlichen Gemeinschaften. Soweit § 137 ein ausnahmegesetzlicher Charakter innewohnt, erklärte sich die sozialdemokratische Fraktion bereit, diesen zu beseitigen.

Dem Landtag war weiter eine Aenderung des Kirchengesetzes, die Aus- und Weiterbildung der Geistlichen betreffend vorgeschlagen. Diesem Gesetz konnte die Sozialdemokratie auf Grund ihres Programms „Religion ist Privatsache" zustimmen. Auch den vorgeschlagenen Aenderungen des Stiftungsgesetzes stimmte die sozialdemokratische Fraktion zu. Die sozialdemokratische Fraktion lehnte die angeforderte Teuerungsbeihilfe zur Großh. Zivilliste im Betrag von 600 000 Mk., ebenso den Betrag von 791 000 Mk für Aufbesserung der Gehälter der Geistlichen ab. Die Religionsgemeinschaften haben die Pflicht, ihre Angestellten der Zeit entsprechend aus eigenen Mitteln zu entschädigen.

An der Erhaltung des Kleinbauernstandes hat die Regierung das größte Interesse. Um der Güterschlächterei zu begegnen, wurde ein bereits für einzelne Bezirke bestehendes Gesetz auf weitere Amtsbezirke ausgedehnt und eine Landbank gegründet. Der badische Staat beteiligt sich an dieser Landbank als Gesellschafter mit einer Stammeinlage von 300 000 Mk. Ein sozialdemokratischer Antrag, welcher die Abgabe von Kriegsmaterial wie Pferde, Wagen, in erster Linie an bedürftige landwirtschaftliche Kriegsteilnehmer fordert, fand einstimmige Annahme.

Der Mittelstand leidet unter den Wirkungen des Krieges sehr. Besondere Mittelstandskassen, welche sich an die Organisation der Kreise angliedern, wurden ins Leben gerufen und der Staat beteiligt sich hieran mit einem Betrag von 400 000 Mk. Von der Fraktion wurde diese Maßnahme der Regierung gebilligt.

Mit Nachdruck vertrat die Fraktion die

Forderungen der Arbeiterschaft.

Sie trat ein für Verbesserung des Arbeiterschutzes im allgemeinen und des Bauarbeiterschutzes im besonderen, für Beschränkung der Frauen- und Nachtarbeit, für ausreichende Fürsorge für die Mütter und Säuglinge, sowie Jugendliche. Den benachteiligten Nähfrauen bei der Kriegsarbeitshilfe, infolge zu hoher Nähfadenpreisberechnung, nahm sich unsere Fraktion an. Auch sonst verteidigte die Fraktion mit aller Schärfe die Arbeiterschaft gegen Angriffe wegen zu hoher Löhne, Einführung des Sparzwanges für Jugendliche u. a. m.

Sie forderte weiter den Ausbau der Arbeitsvermittlung auf paritätischer Grundlage unter Verbot der einseitig geleiteten Arbeitgebernachweise und Beschleunigung des Ausbaues der Erwerbslosenfürsorge. Besondere Behandlung erfuhr auf Veranlassung der Fraktion die Erwerbslosenfürsorge für arbeitslos gewordene Tabakarbeiter und Tabakarbeiterinnen.

Infolge der stets zunehmnden Teuerung wurden den Staatsbeamten und Arbeitern ihre Teuerungsbeihilfen erhöht. Der Gesamtaufwand für diese Zuwendungen belastet das Staatsbudget mit über 36 Millionen Mark pro Jahr. Weitere Anträge der Fraktion verlangten erhöhte Fürsorge für die Familien der zum Kriegsdienst Einberufenen und für die Hinterbliebenen der im Kriegsdienst Gefallenen oder Verstorbenen Die mitunter in Lazaretten betätigte Heilbehandlung fand die schärfste Kritik. Alle auf Besserung abzielenden Anträge der Fraktion fanden einstimmig Annahme. — Ein wichtiges Gebiet, welches das größte Interesse des Landtags beanspruchte, betraf die

Wohnungsfürsorge.

Der Mangel an Wohnungen wird mit jedem Tag größer, um so notwendiger werden die Hilfsmaßnahmen. Die badische Regierung erkannte die Notwendigkeit eines Eingreifens an und hat entsprechende Vorarbeiten zur Beschaffung von Rohmaterial und Bereitstellung von Arbeitskräften zwecks Förderung der Bautätigkeit eingeleitet. Dem badischen Baubund trat der Staat mit einem Anteil von 100 000 Mk. bei; außerdem fand ein Antrag des

Gen. Böttger und anderer Mitglieder des Landtages Annahme, wonach 1 Million Mark zur Erwerbung von Anteilen bei gemeinnützigen Baugenossenschaften durch den Staat bereit gestellt werden. Ein Gesetz, welches den Wohnungsnachweis in den Städten mit mehr als 10 000 Einwohner einführt, wurde geschaffen. Eine Erklärung folgte über die Entschädigung von Fliegerschäden. Da das Reich Ersatz leistet, wird der Staat alle Sachschäden im Falle der Bedürftigkeit vorschüßlich entschädigen. Private Versicherungen gegen Fliegerschäden erübrigen sich nunmehr.

Bei Errichtung des Murgwerks trat die sozialdemokratische Fraktion dafür ein, daß dieses Werk ein reiner Staatsbetrieb werde. Die Mehrheit der 2. Kammer von 1912 entschied dagegen, daß auch Private zum Vertrieb des Stromes herangezogen werden können, aber die Gesellschaft, die gegründet wurde, bedeutete eine Benachteiligung der Abnehmer und so entschied der Landtag einstimmig, diese Gesellschaft von der Stromverteilung auszuschließen und forderte die Verteilung durch den Staat. Beschleunigte Nutzbarmachung der Wasserkräfte am Oberrhein und dessen Schiffbarmachung wünscht der Landtag. In einer Entschließung legte er fest, daß für die Bewirtschaftung der Oberrheinwasserkräfte das Privatkapital auszuschließen sei. Diese Stellungnahme der 2. Kammer gefiel dem Berichterstatter der 1. Kammer, Herrn Geh. Kommerzienrat Engelhardt nicht, und bezeichnete deren Beschlüsse als eine Verwirklichung sozialistischer Zukunftsforderungen. Dieses Schreckgespenst verfing bei der 2. Kammer nicht, sie blieb bei ihren gefaßten Beschlüssen.

Stets lehnte die badische Volksvertretung die Einführung der 4. Wagenklasse für Baden ab. Da inzwischen 97 Prozent der Eisenbahnstaaten die 4. Wagenklasse eingeführt haben, trat die Regierung erneut an die Volksvertretung heran, um auch Baden mit dieser zu beglücken. Für die Einführung entschied sich geschlossen das Zentrum, die Rechtsstehende Vereinigung und der größte Teil der Nationalliberalen. Geschlossen dagegen stimmte nur die Sozialdemokratie und Fortschrittliche Volkspartei. Die Regierung verlangte die Einführung der 4. Wagenklasse nach preußischem Muster. Dies lehnte die Mehrzahl des Zentrums und der Rechtsstehenden Vereinigung ab. Sie wollten von der preußischen Stehwagenklasse nichts wissen und entschieden sich für die Einführung des württembergischen Systems, welches Sitzgelegenheit für alle Insassen der 4. Klasse bietet. Von der sozialdemokratischen Fraktion hing die Entscheidung ab, ob preußisches oder württembergisches System zur Einführung kommen soll und da eine Mehrheit der Einführung der 4. Wagenklasse zugestimmt hatte, entschied sich die Fraktion für das württembergische Muster, um die Fahrgäste von den Unannehmlichkeiten der preußischen Stehwagenklasse zu verschonen. (Zustimmung.)

Mehrere Anträge der Fraktion verlangten steuerliche Aenderungen und fanden Annahme, so die Erhöhung der abzugsfähigen Einkommenssumme von 2000 auf 4000 Mk. für die Aufrechnung der Beiträge zur Kranken- und Invalidenversicherung und der Abzug des Fahrgeldes von und zur Arbeitsstätte; ferner ein weiterer Antrag, der steuerliche Erleichterungen für Familien mit größerer Kinderzahl verlangte. Abgelehnt wurde dagegen ein Antrag, der die Freilassung der Teuerungszulagen von der Besteuerung forderte. Das Militäreinkommen für Offiziere des Beurlaubtenstandes zu besteuern, wurde abgelehnt, dagegen ein abgeänderter Antrag, der eine Beseitigung des Steuerprivilegs für Offiziere überhaupt will, einstimmig angenommen.

Einstimmige Annahme fand trotz des Widerspruchs der Regierung ein Antrag der Fraktion, der die Regierung ersucht, im Bundesrat für die Verstaatlichung des Kohlenbergbaues einzutreten.

Zum Schluß spricht der Redner die Ueberzeugung aus, daß die kommenden Wahlen der Partei Erfolge bringen werden, und daß die Genossen alles daran setzen werden, um diese Erfolge so zu gestalten, daß die Partei stolz darauf sein kann. Durch intensive Agitation und Organisation müssen wir diese Erfolge vorbereiten. Praktische Arbeit sei zu leisten. Durch Kampf zum Sieg!

Das Referat wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Ueber die Diskussion sowie den Schluß des Parteitages werden wir morgen berichten.

Baden.

Zur Verkehrslage auf den deutschen Eisenbahnen

wird offiziös berichtet: Die Lage hat sich seit Ende März dieses Jahres fortgesetzt gebessert und ist jetzt äußerst günstig; nicht nur der Ferienverkehr wurde ohne jede Schwierigkeit bewältigt, es konnten auch viele nicht im Fahrplan vorgesehene Züge gefahren werden, so daß der Fahrplan durch Zugvermehrungen verbessert wurde. Durch die Verlängerung der Schnellzugfahrzeiten ist eine weitere Entspannung eingetreten; die Fahrzeiten wurden im großen und ganzen eingehalten und Verspätungen konnten in der Regel wieder eingeholt werden. Hierdurch ist vor allem auch der Güterverkehr pünktlich abgewickelt worden, woraus sich wieder ein schnellerer Umschlag der Güterwagen ergibt.

Im Güterverkehr ist die Lage derart günstig, daß zunächst die wichtigsten Teile des Stückverkehrs für den allgemeinen Verkehr freigegeben werden konnten. Eine nicht unbedeutende Vermehrung des Wagenparks ist seit Anfang des Jahres durch die Herabminderung des Reparaturbestandes erzielt worden, die durch eine Beschleunigung der Arbeiten in den Werkstätten möglich war. Auch die Beschaffung neuer Wagen und Lokomotiven ist gut gewesen.

Die Eisenbahnverwaltung geht also gut gerüstet in die Monate des stärksten Eisenbahnverkehrs. In wenigen Wochen beginnt der Verkehr mit den Erzeugnissen der neuen Ernte, der einen großen Teil des Eisenbahnwagenparks bis in den Winter hinein in Anspruch nimmt. Da mit einem anhaltend starken Verkehr für das Heer und die kriegswichtigen Betriebe zu rechnen ist, so kann die Wiedereinführung der übrigen Schnell- und Personenzüge vorläufig noch nicht erfolgen. Auch die Herabsetzung der Ergänzungsgebühr, die für Schnellzüge erhoben wird, kann aus gleichen Gründen noch nicht erfolgen. Hierbei spielt auch die Witterung eine große Rolle; denn schlechtes Herbst- und Winterwetter vermehrt die Verkehrsschwierigkeiten.

* **Pforzheim**, 23. Juli. Ein wenig pflichttreues Verhalten legte der Landwirt und Schmied Philipp Arzt in Würm an den Tag. Er lieferte so wenig Milch ab, daß durch das Bezirksamt eine Melkkontrolle veranlaßt wurde. An dem betr. Probetag wurden nahezu 22 Liter gemolken. Arzt sieht nun einer strengen Bestrafung entgegen.

* **Meersburg**, 23. Juli. In dem benachbarten Daisendorf wurde vermutlich durch Selbstentzündung des Heues das umfangreiche Oekonomiegebäude des Gutsbesitzers und Bürgermeisters Bernhard zerstört. Der Viehbestand konnte laut Konstanzer Nachrichten glücklicherweise gerettet werden.

Griesbach bei Oberkirch, 21. Juli. Beim Holzfällen wurde der 63jährige Waldarbeiter Seb. Bruder von einem stürzenden Baumstamm getroffen und getötet.

Zweiter Tag der Badischen Landeswohnungstagung.

Karlsruhe, 23. Juli. In der gestern vormittag fortgesetzten Beratung der Hauptversammlung des Bad. Landeswohnungsvereins verbreitete sich zuerst Oberbürgermeister Dr. Kutzer aus Mannheim über die Aufbringung der Mehrbaukosten und forderte dabei jährliche Rentenzuschüsse, die sich den jeweiligen Baukosten und den jeweiligen Mieten anpassen und die für den Besitzer geeignet sind, eine Rente aus dem Haus zu ziehen, ohne zu übermäßigen Mietsteigerungen greifen zu müssen.

Nach einer kurzen Aussprache, in welcher die Ausführungen des Redners im allgemeinen Zustimmung fanden, verbreitete sich Stadtrechtsrat Neukum-Karlsruhe über den Ausbau der Mieteinigungsämter, die vor allem in der Uebergangszeit ihre wichtigsten Aufgaben zu erfüllen hätten. Die Mieteinigungsämter müßten sich allseitiges Vertrauen dadurch verschaffen, daß sie den Wünschen der Vermieter und denjenigen der Mieter gleichermaßen Rechnung tragen. Ein von den Herren Manz und Hof im Anschluß hieran eingebrachter Antrag dahingehend, der Landeswohnungsverein möge beim Generalkommando vorstellig werden, daß bis zur gesetzlichen Verbesserung des Mietschutzes ein militärischer Erlaß die Genehmigungspflicht für Mietserhöhungen und Kündigungen durch die Mieteinigungsämter zur Einführung bringe, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. — Am Schluß der Tagung (verschiedene Vorträge über Wohnungsnachweis und Möbelbeschaffung mußten der vorgeschrittenen Zeit wegen wegfallen) referierte Frau Martha Stern aus Mannheim über die Sammlung und Bewirtschaftung der Altmöbel. Die Rednerin forderte dabei, daß die gesamte Bevölkerung zur Hergabe jeglichen überflüssigen und entbehrlichen, wenn auch nicht mehr gebrauchsfähigen Hausrats veranlaßt werden sollte. Die Altmöbel sollten in einer Sammelstelle durch Kriegsinvalide wiederhergestellt werden. Danach schloß der Vorsitzende Exz. Dr. Lewald um 2 Uhr mittags die Tagung.

Karlsruhe, 23. Juli. Der Bad. Verband gemeinnütziger Baubereinigungen hielt gestern nachmittag hier seine Hauptversammlung ab. Der Vorsitzende Landeswohnungsinspektor Dr. Kampffmeyer erstattete dabei einen Geschäftsbericht, dem zu entnehmen war, daß die Bautätigkeit vollständig geruht. Sechs neue Genossenschaften sind gegründet worden. Sechs weitere werden in allernächster Zeit ins Leben gerufen werden. Das Vermögen des Verbandes beläuft sich heute auf 4469 Mk. Die finanzielle Lage des Verbandes wurde als günstig bezeichnet. Eingehend besprochen wurden sodann die Vereinbarungen der Baugenossenschaften über die Ueberweisung wegziehender Mitglieder und über die Grundsätze bei der Vergebung von Mietwohnungen. Es wurde dabei betont, daß die kinderreichen Familien und die Kriegsteilnehmer eine besondere Berücksichtigung erfahren sollen. Die Landeswohnungsstiftung zugunsten der kindereichen Familien ist auf nahezu ¾ Millionen Mark angewachsen. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurde noch die Vorbereitung der künftigen Bautätigkeit erörtert.

Aus der Stadt.

* **Karlsruhe**, 23. Juli.

Märchen und Wirklichkeit.

* **„Die Arbeiter verdienen ein schweres Geld“.** So klingts aus aller Mund. Im Bahnwagen, im besseren Restaurant, im Friseurladen, überall, wo man mit bürgerlichen Personen zusammenkommt und über die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse spricht, da heißt es: „Die Arbeiter verdienen jetzt schweres Geld“. Da erzählt der eine: „Haben Sie schon die Schokoladengeschichte gehört? Aus bestimmter Quelle weiß ich, daß eine Arbeiterfrau sich ein halbes Pfund Schokolade für 15 Mk. kaufte, das einer bürgerlichen Dame zu teuer war.“ Diese Geschichte von der 15 Mark-Schokolade wird in Pforzheim wie in Karlsruhe und Mannheim als „Tatsache“ so bestimmt behauptet, daß man sie fast glauben könnte, wenn nicht überall der Ort ein anderer wäre. Oder: „Wissen Sie, was sich die Arbeiter heute leisten können, das kann keiner aus dem Mittelstand.“ Wie oft haben wir die Geschichte von dem sekttrinkenden Arbeiter anhören müssen. Das schönste aber ist: allen, die diese Märchen erzählen, sah man noch recht wenig von der Not der Zeit an. Nicht selten war es ein rechtes Vollmondsgesicht, das sich über die Schlemmerei der Arbeiter und ihre hohen Löhne entrüstete. Die meistens straffgespannte Weste ließ auf sehr gute Ernährungsquellen schließen.

Aber: Die Arbeiter verdienen schweres Geld. Dabei ist die große Mehrzahl am Abend ärmer als am Morgen. Der Hunger geht um; unerträglich lastet die Not der Zeit auf allen, insbesondere auf den unteren Schichten des Volkes. Nicht nur die Ernährungssorgen wirken drückend, hinzu treten die Bekleidungssorgen und anderes mehr. Wer da Geld hat, spürt von alledem nur geringe Last. Er fragt nicht, was es kostet, er zahlt. Er ißt und trinkt: er zahlt für ein gutes Butterbrot seine 2.50 Mk.; er trinkt vom Besten und kostet das Glas 2 Mk.; er geht in guten, wasserdichten Stiefeln; sein Kleiderbestand ist so reichhaltig, daß er täglich wechseln kann (wenn er auch schon das „Opfer“ gebracht und aus seinem vollgepfropften Schrank einen Anzug der Sammelstelle geopfert hat, was übrigens in Pforzheim noch nicht viele sind, denn von den 2000 abzuliefernden Anzügen ist nicht einmal die Hälfte beieinander. Von Not ist keine Rede: für den Winter hat er schon seine Lieferungsabschlüsse gemacht; Buschbohnen, Tafelobst werden ihm geliefert.

Von diesen Leuten erzählt man wenig. Aber um so mehr von den „schwerverdienenden Arbeitern“. Und wie sieht da die Wirklichkeit aus? Gewiß, es gibt Arbeiter, die sehr gut verdienen. Aber die große Mehrzahl führt trotz der Mehrverdienste ein sehr, sehr kummervolles Leben. Denn die wucherische Ausbeutung des Volkes auf allen Gebieten wächst ins Unerträgliche.

Kurz; die rationierten Nahrungsmittel sind um das Siebenfache gegen 1913 verteuert worden. Für Kleidung muß man den fünffachen Betrag opfern; andere Bedarfsartikel, wie Feuerung, Seife, Zündhölzer, Soda, Tabak weisen eine 8- bis 9fache Steigerung auf.

Und der Lohn? Von geringen Teilen abgesehen, verdient die große Masse der Arbeiter noch längst nicht das Doppelte des Lohnsatzes vor dem Kriege. Die Familien halten sich nur durch schwere und schwerste Mitarbeit aller Familienangehörigen. Ist angesichts solcher Verhältnisse das Verlangen der Arbeiter nach kräftiger Zulage nicht verständlich? Wer das Märchen von den schlemmenden Arbeitern erzählt, mag erst die Wirklichkeit studieren. Wer Schlemmerleben kennen lernen will, halte in „besseren“ Kreisen, bei den gewissenlosen Kriegsgewinnlern, Umschau — dann kann er Wahrheit und Dichtung bald unterscheiden.

Der Schleichhandel mit Leder.

* Bei keiner Gattung von Waren, die der Beschlagnahme und Rationierung unterliegen, steht der Schleichhandel und der Wucher in solcher Blüte, als es mit Leder der Fall ist. Und das trotz der schärfsten Strafandrohung in letzter Zeit! Während auf der einen Seite das Leder so knapp ist, daß nicht einmal die auf den Kopf festgesetzte und errechnete Menge geliefert werden kann, werden anderseits unter der Hand Riesenmengen gehandelt. Natürlich zu den schwindelhaftesten Preisen. 20—30 Mk. für ein Pfund ist das Normale. Daß infolgedessen die Schuhreparaturen sich gewaltig teuer stellen, ist selbstverständlich. Damit Hand in Hand wächst die Not der minderbemittelten Volksschichten ins Ungemessene. Das Uebel hat bereits einen solchen Charakter angenommen, daß Gemeindeverwaltungen sich nichts dabei denken, wenn sie auf dem nicht mehr ungewöhnlichen Wege des Geheimhandels Leder einkaufen oder durch Innungen und sonstige Mittelinstrumente einkaufen lassen. Um die Schuhreparaturen ihrer Pflegebefohlenen ermöglichen zu können, sind die Kommunen wohl oder übel auf diesen Weg angewiesen.

Wie aber kommt es, fragen wir, daß die Rationierung vollkommen versagt, dagegen auf Schleichwegen solche gewaltige Mengen an Leder gehandelt werden können? Wo steckt der Schwindel? Jedes Stück Rindvieh muß bekanntlich zum Schlachten an den Viehhandelsverband abgegeben werden und die Häute unterliegen einer genauen Kontrolle. Wie ist es da möglich, daß solche Mengen verschwinden? Durch die Geheimschlachtungen allein, die ebenfalls noch immer gehandhabt werden, erklären sich die Berge von Schleichhandelsleder nicht. Es ist nicht anders denkbar, als daß an einem oder mehreren Punkten der Organisation für die Beschlagnahme, Bearbeitung und Aufstapelung Defekte vorhanden sind, durch die Häute hindurchspazieren. Es wird aber höchste Zeit, daß hier gründlich nach dem Rechten gesehen wird.

Ein Ei 54 Pfennig. Wie bereits bekannt gegeben wurde, werden diese Woche Auslandseier zum Preise von 54 Pfg., in Worten vierundfünfzig Pfennig das Stück ausgegeben. 54 Pfg. ein Ei! Was soll man da noch sagen! Auf Anfrage wurde uns mitgeteilt, daß diese teueren Eier littauische Eier seien. Zum Glück, kann man sagen, kommt nur ein Ei auf den Kopf, aber der maßlose Wucherpreis für ein Ei wird trotzdem Schaden genug anrichten, da solche Preise den Preis für die Inlandseier immer weiter in die Höhe treiben. Der Bauer sagt sich, wenn die Städter für überlagerte schlechte Auslandseier 54 Pfg. für das Stück zahlen, sind meine frischen Inlandseier mindestens ebensoviel wert. Die meisten Inlandseier werden schon jetzt „unter der Hand“ für 50 Pfg. verramscht. Die Bauern, die an die öffentlichen Stellen zu 22 Pfg. liefern, sind zu zählen. Man läßt sie ruhig gewähren, denn man hat noch nicht gelesen, daß einmal eine von dieser Sorte Lebensmittelwucherer gefaßt worden ist.

* **Der Obstjammer.** Die außerordentlich hohen Steinobstpreise bewirken, daß die Erzeuger das Obst so schnell wie möglich abschütteln, um es zu Geld zu machen. Was hier in den letzten Tagen von Pflaumen und Reineclauden für den unverschämten Wucherpreis von 50 Pfg. für das Pfund verkauft wurde, ist unreifes grünes Zeug, das noch keine 3 Pfennige das Pfund wert ist. Man muß fragen: Haben denn die von der Obstversorgung bestellten Aufkäufer keine Augen, daß sie solchen Schund passieren lassen? Oder ist es ihnen nur um ihre Provision zu tun? Es ist eine Sünde und eine Schande, was gegenwärtig dem verzweifelten Stadtvolk alles zugemutet wird. Aber diese elende Wirtschaft wird auch noch ihren Richter finden. Hat die städtische Bevölkerung keine Rechte mehr und ist sie nur noch Ausräuberungsobjekt?

Sozialdemokratischer Verein. Die Vorstandsmitglieder kommen am Mittwoch ½ Stunde vor Beginn der Versammlung zusammen zur Erledigung einiger Angelegenheiten.

Die Steuereinnehmerei Karlsruhe-Bretten wird, wie uns von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, mit Wirkung vom 1. August 1918 an aufgehoben und mit dem Steuereinnehmereidienst Karlsruhe-Stadt (Kreuzstr. 11a) vereinigt.

Bekämpfung von Feld- und Gartenschädlingen. Nach einer Bekanntmachung des Bürgermeisteramtes droht auch dieses Jahr wieder durch das starke Auftreten der Kohlweißlinge den Gartengewächsen, insbesondere dem Weiß- und Wirsingkraut, große Gefahr. Es werden deshalb alle Besitzer von Pflanzungen aufgefordert, die jetzt in erster Generation lebenden Raupen abzusuchen und die Schmetterlinge einzufangen, damit die in einigen Wochen auftretende zweite Generation nicht so zahlreich auftreten kann wie im Frühjahr. Das Bürgermeisteramt hat sich bereit erklärt, für die Ablieferung der Kohlweißlinge (Schmetterlinge), die beim Gartenamt abgeliefert werden müssen, eine Belohnung von 50 Pfennig für das Hundert zu bezahlen. — Weiter gibt das Bürgermeisteramt bekannt, daß zur Verhütung der Schädigungen durch Mäuseplage für die Vertilgung dieser Schädlinge eine Prämie von 3 Pfg. für jede getötete Feldmaus bezahlt wird.

Wasserstand des Rheins.

Schusterinsel 2,14 Meter, gef. 2 Zentimeter! Kehl 3,2 Meter, gest. 5 Zentimeter; Maxau 4,50 Meter, gef. 5 Zentimeter Mannheim 3,75 Meter, gest. 16 Zentimeter.

Vereinsanzeiger.

Gaggenau. (Arbeiter-Gesangverein „Freiheit“.) Mittwoch, den 24. Juli, abends ½9 Uhr, Mitgliederversammlung im Gasthaus zum „Bahnhof“. Vollzähliges Erscheinen erwünscht. Singstunde fällt Umständehalber aus. 4231 Der Vorstand

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Hermann Kabel; für den Inseratenteil Gustav Krüger, beide in Karlsruhe, Lutzenstraße 24.

Bekanntmachung

über den Verkehr mit Oelfrüchten und den daraus gewonnenen Produkten.

1. Wir machen auf die im „Karlsruher Tagblatt" (amtl. Verk.-Bl. vom 14. Juli ds. Js.) bekanntgegebene Verordnung Br. Ministeriums des Innern vom 7. Juli aufmerksam. Diese Verordnung ist für die Regelung des Verkehrs mit Oelfrüchten mit Wirkung vom 7. Juli ds. Js. maßgebend. Insbesondere heben wir folgendes hervor:

2. Unter Oelfrüchten ist zu verstehen: Leinsamen, Reps, Rübsen, Hederich, Ravison, Sonnenblumen, weißer und brauner Senf, Dotter, Mohn und Hanf.

3. Jeder **Anbauer** darf seine **ganze Ernte** an Oelfrüchten zurückbehalten, soweit sie **an Leinsamen** nicht **mehr als 530 kg, an andern Oelfrüchten insgesamt** nicht mehr **als 30 kg** beträgt. Die Verordnung gibt in § 2 an, welche Mengen außer dem Saatgut bei größeren Erntevorräten zurückbehalten werden dürfen.

4. Die gesetzmäßig zurückgehaltenen Mengen dürfen zur Herstellung von Nahrungsmitteln **für den eigenen Haushalt** einschließlich des Gesindes verbraucht werden. Wer aus ihnen Oel schlagen lassen will, bedarf dazu eines **Erlaubnisscheines.**

5. **Die Erlaubnisscheine** sind auf den Gemeindesekretariaten und für Alt-Karlsruhe auf der Kartenstelle (Festhalle) erhältlich. Sie werden auf die Dauer von höchstens 2 Monaten ausgestellt. Abgelaufene Erlaubnisscheine, die zum Oelschlagen nachweislich nicht benutzt wurden, werden auf Antrag von der Stelle, welche sie ausgestellt hat, erneuert und zum Zeichen der Erneuerung hinter der laufenden Nummer bei der Erst-Erneuerung mit dem Buchstaben a, bei der zweiten Erneuerung mit dem Buchstaben b usw. versehen.

6. Die Verarbeitung der Oelfrüchte darf nur in der auf dem Erlaubnisschein vermerkten Mühle geschehen. Die vom Oelmüller J. Fischer in Rüppurr betriebene Oelmühle ist zur Verarbeitung der Oelfrüchte zugelassen.

7. Die Oelfrüchte dürfen nur in der auf dem Erlaubnisschein verzeichneten Menge zur Mühle gebracht werden; der Erlaubnisschein wird vom Müller zurückbehalten. Das Ausschlagen der Oelfrüchte darf nur gegen Barentschädigung geschehen.

8. Die vom Anbauer von Oelfrüchten **nicht zurückbehaltenen** oder ihm gesetzmäßig nicht zustehenden Oelfrüchte dürfen **nur** an den **Kriegsausschuß für pflanzliche und tierische Oele und Fette,** G. m. b. H., in Berlin abgeliefert werden, ebenso das für den eigenen Haushalt gewonnene und von ihm nicht verbrauchte Oel, Oelkuchen dagegen nur an die Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte, G. m. b. H, in Berlin. **Jede Abgabe an andere Personen sowie jeder Erwerb durch andere Personen ist verboten.**

9. Oelfrüchte dürfen **auf dem Halm nicht** vorverkauft werden; alle derartigen Kaufverträge sind nach einer Mitteilung des Kriegsernährungsamts **nichtig.** Wer dennoch vorverkauft, hat Bestrafung zu gewärtigen, weil er an einen anderen als an den Kriegsausschuß geliefert hat.

10. **Wer Oelfrüchte abliefert,** kann dafür **auf Antrag Oel** in den im § 2 der genannten Verordnung festgelegten Mengen beziehen.

11. **Kommissionär** des Kriegsausschusses ist bis auf weiteres die hiesige Firma **Karl Baumann,** Akademiestraße 20, an die die Oelfrüchte abzuliefern sind.

12. Auskunft erteilen die Gemeindesekretäre, die Kartenstelle (Festhalle) und das städt. Statistische Amt (Zähringerstr. 98).

13. **Zuwiderhandlungen** gegen die Bestimmungen werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mk. bestraft. Neben der Strafe kann auf Einziehung der Vorräte erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

Karlsruhe, den 22. Juli 1918.

Das Bürgermeisteramt.

Bekanntmachung.

Bezahlung der Heulieferungen für das Heer.

Die Auszahlung der Unterschiedsbeträge zwischen den badischen und den Reichshöchstpreisen für das Heu der Heereslieferungen soll demnächst auf Grund der Bestimmungen des Großh. Ministeriums des Innern stattfinden. Wer **nach dem 14. Juli 1917** bis zum Inkrafttreten der Reichshöchstpreise in Baden, d. i. **bis einschließlich 18. Februar 1918,** Heu für das Heer geliefert hat, erhält auf Antrag den oben erwähnten Preisunterschied nachbezahlt. **Ablieferer von Heu aus dem Kommunalverband Karlsruhe-Stadt,** die derartigen Antrag stellen wollen, müssen sich sofort an das Proviantamt um Ausstellung einer Bescheinigung über die erfolgte Heuablieferung wenden, sodann mit diesem Ausweis an das städt. Statistische Amt, Zähringer-Straße 98, welches das Weitere veranlassen wird. Anträge, die **nach dem 31. Juli 1918** eingehen, können nicht mehr berücksichtigt werden.

Karlsruhe, den 22. Juli 1918.

Das Bürgermeisteramt.

Bekanntmachung

über Dach- und Blitzableiter-Kupfer.

Da es nicht ausgeschlossen ist, daß noch Dach- und Blitzableiterkupfer in Karlsruhe vorhanden ist, von dem wir bisher noch keine Kenntnis erhalten haben, fordern wir hiermit die Besitzer von Dach- und Blitzableiterkupfer auf, **uns bis 31. Juli** alles derartige Kupfer zu melden, das **weder enteignet noch bisher uns gemeldet ist.** Die Meldebogen sind auf dem städtischen Statistischen Amt (Zähringer-Str. 98) erhältlich und daselbst ausgefüllt wieder abzugeben. 4229

Gegen **Meldepflichtige,** die auch dieser Aufforderung nicht nachkommen, wird **ohne Nachsicht** das in der Beschlagnahme-Verordnung von der Metallmobilmachungsstelle angedrohte Strafverfahren beantragt werden. 4228

Karlsruhe, den 22. Juli 1918.

Das Bürgermeisteramt.

Bekanntmachung über Hülsenfrüchte.

Auf Anordnung der Reichsgetreidestelle geben wir bekannt, daß Erbsen und Bohnen nur dann grün gepflückt werden dürfen, wenn sie zur Verwendung als Frischgemüse angebaut sind.

Karlsruhe, den 22. Juli 1918. 4230

Das Bürgermeisteramt.

Weißer Käse.

Verkauf von weißem Käse in den Fettverkaufsstellen Nr. 75—81 einschl. von Mittwoch, den 24. bis Freitag, den 26. Juli 1918 einschl. an die eingetragene Kundschaft gegen die Lebensmittelmarke J Nr. 90. Kopfmenge ¼ Pfund. Preis 1 Mk. für das Pfund.

Karlsruhe, den 22. Juli 1918. 4223

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Städtisches Konzerthaus.

Dienstag, den 23. Juli 1918, ½8 Uhr 4225

Schwarzwaldmädel

Strümpfe

aller Art, auch abgeschnittene, werden billig **befußt** aus mitzubringendem Material. Auswärts Postversand. 3936

Strumpfnäherei Karlsruhe,

Waldhornstr. 21 Posthaus, linker Seitenbau, 1 Treppe.

Email-Geschirre

werden dauerhaft repariert (nicht gelötet) 3652

Geschirr-Reparaturanstalt Körnerstr. 38, im Hof. Telefon 1421.

Gesucht

Fabrikarbeiterinnen und Munitionsarbeiterinnen,

Näherinnen mit Ausweisbuch.

Städt. Arbeitsamt

Städt. Arbeitsamt 4152

Hilfsdienstmeldestelle Karlsruhe

Zähringerstraße 100.

Jüngere

Mädchen

finden leichte Beschäftigung.

F. Wolff & Sohn G. m. b. H.

Abteilung Kartonnage. 4157

Wie kann man mit wenig

?Einmachzucker?

auskommen!

Dieses wichtigste Hausfrauen- und Wirtschaftsproblem beim gegenwärtigen empfindlichen Zuckermangel findet seine Lösung durch Frau Amtsrat Rose Stolle's beliebtes Einmachbuch:

Das Einmachen der Früchte u. Gemüse

sowie die Bereitung von Fruchtsäften, Gelees, Marmeladen, Obstweinen, Essig usw. nach neuzeitlichen Grundsätzen, vollständig neu bearbeitet von Johanna Schneider-Tonner, lehrt durch **320 Einmach-Rezepte** wie man Früchte, Pilze, Gemüse usw. unter Berücksichtigung des derzeitigen Zuckermangels und der Erhaltung des natürlichen Fruchtgeschmacks bei wirklich unbegrenzter Haltbarkeit einmachen soll und gibt auch zahlreiche erprobte Ratschläge zur billigen und einfachen **Selbstbereitung von haltbarem Obstmus-Brotaufstrich.** Der beste Beweis für den Wert und die Unentbehrlichkeit des reichillustrierten Buches bietet wohl die Tatsache, daß bereits

65 000 Exemplare in 14 Auflagen

verkauft sind. Der Preis des reichhaltigen Rezeptbuches beträgt nur **1.20 Mk.** Nach auswärts 15 Pfg. Porto.

Zu haben auf der

Buchhandlung Volksfreund, Luisenstr. 24, Tel. 128.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Eheschließungen. Alfred Gros von Ramspach, Zeichner in Ramspach, mit Lisette Bauer von Eisingen. Roman Laug von Urloffen, Friseur hier, mit Lina Trieb von hier. Jak. Hohl von Tablat, Wagner hier, mit Lina Gauß von Mattenbach-Seen. Richard Ball von Mörsch, Schuhmachermeister hier, mit Maria Leiser von Kassel. Albert Fütterer von Elchesheim, Fabrikarbeiter hier, mit Josephine Zöller von Bulach. Isaak Weismann von St. Petersburg, Ingenieur hier mit Luise Susanna Kett von hier. Theodor Eugen Hirt von Freiburg i. Br., Zimmermann in Hausach, mit Berta Schorpp von Würmersheim.

Geburten. Wilhelm Reinhold, V. Wilhelm Malter, Sanitäts-Vizefeldwebel. Rüdiger Rainer Maximilian, V. Franz Wolf, Diplom-Ingenieur. Johanna Margaretha, V. Karl Reimann Mechaniker. Heinrich Adolf Johann, V. Joseph Kämmerer, Glaser. Friedrich Wilhelm, V. Friedrich Kühn, Lokomotivheizer.

Todesfälle. Martha Bühler, 29 J. alt, Ehefrau von Karl Bühler, Oberpostassistent. Hans, 3 J. alt, V. Karl Heil, Kolonialwarenhändler. Ernestine Gantert, 71 J. alt, Witwe von Eduard Gantert, Taglöhner. Herta Specht, 20 J. alt, ledig, Studentin. Anton Bastian, Schlosserlehrling, 18 J. alt. Kurt, 3 J. alt, V. Georg Ströhlein, Straßenbahnoberschaffner. Rosine Eichin, 48 J. alt, Ehefrau von Ernst Eichin, Beleuchtungsdiener. Magdalena Pfefferle, Eisenbahnschaffner. Ottilie Messer, 43 J. alt, Ehefrau von Heinrich Messer, Dienstmann. Luise, 1. J. 9 Mon. 8 Tage alt, V. Ferdinand Münch, Packmeister. Alfred Günther, Optiker, ledig, 17 J. alt. Maria Walter, 27 J. alt, ledig, Dienstmädchen. Wilhelmine Hänsler, 62 J. alt, Ehefrau von Medard Hänsler, Kaufmann.

Dokumente zum Weltkrieg.

1. Das deutsche Weißbuch	0,35 M.
2. Das englische Blaubuch I	0,45 „
3. Das englische Blaubuch II	0,55 „
4. Das russische Orangebuch	0,35 „
5. Das belgische Graubuch	0,35 „
6. Das Gelbbuch Frankreichs I	0,55 „
7. Das Gelbbuch Frankreichs II	0,55 „
8. Das Gelbbuch Frankreichs III	0,45 „
9. Das österreichisch-ungarische Rotbuch	0,45 „
10. Das italienische Grünbuch I	0,55 „
11. Das italienische Grünbuch II	0,55 „
12. Das serbische Blaubuch	0,55 „
13. Das deutsche Weißbuch II, 1. Teil	0,55 „
14. Das deutsche Weißbuch II, 2. Teil	0,65 „
15. Das englische Blaubuch (Nachträge)	0,65 „
16. Aus dem belgischen Graubuch II (Nachträge)	1,— „

Neueste Kriegskarte.

Allgemeine Frontkarte des W.T.B., Ausgabe 1918

umfassend die Fronten Nieuport (Nordsee) bis Belfort, Gardasee-Piave (Italien), Rußland, Ukraine (hier ist die Linie eingezeichnet bis zu welcher unsere Truppen vorgedrungen waren, sowie die im Friedensvertrag festgelegte Grenzlinie), und Kleinasien. Diese Karte hat den Vorzug, daß die letzten Stellungen durch eine kräftige rote Linie markiert sind und es so ermöglicht, jede Frontveränderung auf Grund der Tagesberichte einzuzeichnen.

Der Preis von **Mk. 1.—** ist äußerst billig (Porto 10 Pfg.)

Buchhandlung Volksfreund, Luisenstr. 24

Telephon 128.

GALERIE MOOS

Karlsruhe i. B., Kaiserstr. 187.

— Juli 1918 — 4009

Gemälde-Sonder-Ausstellung

Erwin Pfefferle

Werktags: 9–6 Uhr
Sonntags: 11–1 „
Eintritt 50 Pfg.

Die Versorgung der Kriegsteilnehmer,

ihrer Familien und ihrer Hinterbliebenen.

— Neue verbesserte Auflage. —

Preis 40 Pfg.

Nach auswärts **45 Pfg.** in **Briefmarken.**

Das Büchlein gibt Aufklärung über:

Wer hat Anspruch auf Unterstützung? / Wo muß der Anspruch erhoben werden? / Die Versorgung der Mannschaft: Der Anspruch auf Rente. / Berechnung der Rente. / Der Anspruch der Hinterbliebenen: Kriegswitwengeld. / Kriegswaisengeld. / An wen sind die Anträge zu stellen? / Invalidenversicherung von Kriegsteilnehmern und deren Hinterbliebenen.

Wer sich vor Nachteilen schützen will, muß sich das Buch anschaffen.

Soeben erschienen:

Der Mieterschutz.

Eine gemeinverständliche Darstellung nach den kriegszeitlichen Bekanntmachungen über **Einigungsämter, Zahlungsfristen, Mietfragen und Kriegsteilnehmerschutz**

von

Arbeitersekretär **Fritz Henck.**

Preis **30** Pfg., nach auswärts **35** Pfg. gegen Voreinsendung.

Parteiliteratur

zu beziehen von der

Buchhdlg. Volksfreund

Luisenstraße 24.
Luisenstraße 24.

100 Postkarten

2,3,4 M. Blum.-, Kopf-, Landsch.-, Kunst-, Liebeskarten usw. 5 M, Prachtsortiment Mk. 7.50. P. Wagenknecht Verlag, Leipzig.

Auskunft umsonst, bei **Schwerhörigkeit**

Ohrgeräusch nerv. Ohrschmerz über uns. tausendfach bewährten **Hörtrommeln.** Bequem und unsichtbar zu tragen. Aerztlich empfohlen. Glänz. Anerk. Sanis Versand München 26 b. 3485

Taschenuhren

auch reparaturbedürftig, kauft

Levy, An- u. Verkaufsgeschäft, 3705

Markgrafenstraße 22.

Ausgekämmte

Frauenhaare

kauft 3062

Oskar Decker, Haarhandlung, **Kaiserstr. 32.**

Drucksachen fertigt an **Buchdruckerei Volksfreund.**

Rasier-Klingen

werden haarscharf geschliffen, Stück **10** Pfg. 3063

Kaiserstr. 53, Laden.

Hausbursche

mit guten Empfehlungen auf sofort gesucht.

Adolf Lindenlaub

4219 **Kaiserstraße 191.**

Wir suchen per sofort tüchtige

Fahrburschen,

sowie 4220

Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen

Mühlburger Brauerei,

vorm. Freiherrl. von Sel deneck'sche Brauerei,

Karlsruhe-Mühlburg.

Mehrere tüchtige

Maurer

und

Bauhilfsarbeiter

zum sofortigen Eintritt für hiesige Baustelle gesucht.

Zu melden bei 4226

Walder & Rank

Erbprinzenstraße 9.

Näherinnen

für Mützen und Pelzwaren sofort gesucht. 4221

Adolf Lindenlaub

Kaiserstraße 191.